

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 8 gespalt. Coloneltzelle für Arbeitsgehalte 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schiffleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Zusammenschluß und vereintes Wirken.

„In jedem Augenblick des Lebens sollten wir herauszufinden suchen, worin wir mit anderen übereinstimmen. Sobald ihr findet, daß ihr über irgend etwas übereinstimmen könnt, greift es zusammen an.“
Ruskin.

Gewiß ist sich jeder selbst der Nächste und hat das Recht, an erster Stelle für sein Wohl Sorge zu tragen; aber als Glied eines großen Organismus ist jeder auch verpflichtet, die Interessen der Gesamtheit im Auge zu behalten und für sie handelnd einzutreten. Da Zusammenschluß die Kraft des Wirkens vermehrt, gebietet es die Klugheit, sich nach denen umzusehen, die gleiche Ansichten über die Art der Dienstbarkeit für die Menschen haben, um sich dann mit diesen zu verbinden. In einer Kampfeszeit wie der gegenwärtigen, wo man in schroffster Gegensätzlichkeit die Kulturaufgaben lösen möchte, wo sich „Ja“ und „Nein“, „Gut“ und „Bös“ so kampfbereit gegenüberstehen, wo es sich darum handelt, entweder aufzubauen oder zu zerstören, da müssen kleinliche Vorurteile dem Kameraden gegenüber schweigen, wenn sich die Uebereinstimmung in großen Lebensfragen zeigt. Da heißt es, dem Nächsten die Hand reichen und „in gleichem Schritt und Tritt“ mit ihm vorwärts schreiten. Da gilt es, im Vereine Mann für Mann seine persönliche Kraft einzusetzen, sich nicht lebendig auf andere zu verlassen, um statt dessen behaglich am warmen Ofen zu sitzen. Die Bett ist gekommen, wo der Wert eines jeden eingeschätzt wird. Aus berechtigtem Stolz heraus muß es ein jeder als Grenzpflicht empfinden, sich in Reich und Arm zu stellen, um mit gezählt zu werden, aber noch mehr um mit zu handeln, mit zu kämpfen, mit zu siegen.

Wer heute noch schläft, der erwache; wer noch müßig ist für die Menschheit, der rege seine Kräfte; wer noch abseits steht von den Organisternen, der schäume nicht länger, für die Zugeliebten; wer bisher ein unnützes Glied war, der arbeite endlich mit den Gutgeinnten um die Wette am wahren Wohle der Menschheit!

Der Schutz der nationalen Arbeit und das Arbeiterinteresse.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches ist in den letzten 20 Jahren von 44 1/2 auf über 65 Millionen Einwohner gestiegen und unser Bevölkerungszuwachs beträgt heute pro Jahr rund 900 000 Köpfe. Demgegenüber ist die Ziffer der Auswanderung immer mehr zurückgegangen. Seit 1881 sinkt unsere Auswanderungsziffer ununterbrochen. 1881 waren es 221 000, 1908 nur mehr 20 000 Deutsche, die das Heimatland verlassen. In anderen Ländern, England, Oesterreich-Ungarn, Italien, Spanien, geht die Entwicklung den umgekehrten Weg; hier nimmt die Abwanderung zu. Der Verlust der deutschen Bevölkerung betrug durch Abwanderung im Jahrzehnt 1881/90 noch 980 000 Personen. Dieser Verlust verwandelt sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre allein durch Einwanderung vom Auslande her in einen Gewinn von 94 000, im Jahrzehnt 1901/05 in einen Gewinn von 52 000. Dazu kommen noch die Hunderttausende von Saisonarbeitern.

Diesem gewaltig steigenden Angebot von Arbeitskräften Arbeit, dieser wachsenden Bevölkerung Verdienst zu gewähren, war nur möglich durch die Ausdehnung der gewerblichen Produktion; durch die Ausbreitung von Gewerbe, Handel und Industrie. Die deutsche Wirtschaftspolitik beruht seither auf dem System des Schutzes der nationalen Arbeit. Den besten Wertmesser für die Zweckmäßigkeit und Güte dieser Wirtschaftspolitik gibt ein Vergleich des Deutschland vor 40 Jahren und von heute ab. Das Deutschland von heute ist ein ganz anderes Land als das vor 40 Jahren. Bei gleicher Bodenfläche hat sich die Einwohnerschaft um über 20 Millionen vermehrt. Dieses Mehr von Menschen mußte ernährt werden, und das war nur dadurch möglich, daß diese in Industrie und Landwirtschaft gute Unterkunft und lohnende Arbeit fanden.

Unter dem System des Schutzes der nationalen Arbeit hat die Landwirtschaft ihre Ertragnisse bedeutend erhöht, in Roggen um mehr als 100 Prozent, und ebenso stark ist die Viehzucht in die Höhe gegangen. Die Industrieerzeugung hat sich ebenfalls in ungeheurer Weise gesteigert; ja in einzelnen Industrien hat Deutschland England weit überflügelt. Das Wort vom Schutz der nationalen Arbeit ist also keine Phrase, sondern Wirklichkeit. Unter ihm ist die deutsche Volkswirtschaft nicht nur in die Weite, sondern auch in die Tiefe gegangen. Das sind Tatsachen, die sich nicht aus der Welt hinweg disputieren lassen. Ist es da nicht geradezu ein Frevel am Volkswohl, wenn

die Sozialdemokratie und mit ihr Arm in Arm „freie“ Gewerkschaftler vor diesen Tatsachen bewußt die Augen verschließen und gegen die deutsche Wirtschaftspolitik in der demagogischsten Weise mit Phrasen und Schlagworten zu Felde ziehen?

Die Tatsachen reden heute eine andere Sprache, wie die sozialdemokratischen Agitatoren ihren Massen glauben machen wollen. Die Tatsachen sagen uns: Nur unter dieser Wirtschaftspolitik konnte Deutschlands gewerbliche Produktion ihren heutigen Stand erreichen, nur durch sie auch die notwendige Grundlage für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeiter geschaffen werden. Schutz und Förderung von Industrie und Handel ist zugleich Schutz und Förderung der Arbeiterinteressen. Das wird auch von einschichtigen Sozialdemokraten in ruhigen Stunden zugegeben. So schrieb „Genosse“ Eduard Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1911, Nr. 11, 671):

Am Gedeihen der Geschäfte sind die Arbeiter als Klasse nicht zuletzt interessiert, denn die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft ist nicht ohne gesunde Entwicklung der Masse ihrer Einheiten denkbar. Es widerspricht also durchaus nicht dem Klassenkampfbegriff, daß Angestellte eines Geschäfts die Interessen ihres Chefs fördern, so sehr dieser als Angehöriger seiner Gesellschaftsklasse Gegner ihrer Klasse sein mag.

Und auf dem Stuttgarter Parteitag 1898 (Protokoll S. 193) führte der alte Ignaz Auer als Ergebnis „eines reiflich überlegten Fraktionsbeschlusses“ aus:

Ich betone da dem Herrn Abgeordneten Dr. Birck gegenüber, daß wir sehr wohl die Harmonie der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anerkennen, wie sie vorhanden ist.

Wenn irgendwo, so besteht ein gemeinsames Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Aufrechterhaltung, an der Blüte und an der Aufwärtsentwicklung ihres Gewerbes, ihrer Industrie. Die Sozialdemokratie aber lehrt sich nicht daran, das Bewährte muß sie verdächtigen, herunterreißen, um den Massen ihren Bopanz „Sozialistische Wirtschaftsordnung und Freihandel“ schmacht zu machen.

Das Blatt der sozialdemokratischen Heizer und Maschinenisten meinte in seiner Nr. 2 von diesem Jahre pathetisch:

Wenn man einst dem Freihandel mit Grund nachgesagt hat, daß er die soziale Revolution vorbereite, so zeigt sich jetzt, daß der Zollwucher ein noch viel fähigerer Revolutionär ist.

Wenn das wahr wäre, so müßte die Sozialdemokratie doch Logischerweise nicht nur für den „Schutz der nationalen Arbeit“, sondern geradezu für den „Zollwucher“ eintreten. Statt dessen aber machen die sozialdemokratischen Agitatoren ihren Gläubigern den Mund wässrig durch Schilderungen der „herrlichen“ Verhältnisse in England, dem angeblichen Lande des Freihandels. Wir sagen, dem angeblichen Lande des Freihandels; denn in Wirklichkeit ist die englische Wirtschaftspolitik alles andere eher als freihändlerisch.

Gewiß, als die britische Reichskonferenz im vergangenen Sommer den Beschluß faßte, den Kolonien bezüglich der Regelung ihrer Handelspolitik freie Hand zu lassen, deuteten viele das als eine Voderung des englischen Weltwirtschaftsreiches. Der „Imperialismus“ des frühern englischen Ministers Chamberlain, der aus dem britischen Weltreich ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet mit starken industriellen Protektionszöllen schaffen wollte, so meinten sie, sei damit endgültig abgetan. In Wirklichkeit ist es aber gerade umgekehrt. Die Freiheit, die den Kolonialgebieten und Dominien gegeben wurde, richtet sich nicht gegen des englische „Mutterland“, sondern gegen dessen Industriekonkurrenten, in erster Linie auch gegen Deutschland.

Die Sache verhält sich im wesentlichen folgendermaßen. Schon seit einem Jahrzehnt und mehr haben die britischen Reichsgebiete, die — mit Ausnahme des „Mutterlandes“ — nicht etwa Freihandel, sondern Schutzollsystem haben, Vorzugszölle für englische Waren eingeführt. Die englischen Waren unterlagen einem um so und so viele Prozente niedrigeren Zoll als die der Konkurrenten Englands. Das wirkt im ganzen britischen Weltreich natürlich im Sinne eines Zollschutzes der englischen Waren gegen die Konkurrenz der andern Ausfuhrstaaten. Nachrichten, die eben durch die Presse gehen, zeigen, daß in Zukunft dieser reichsbritische Schutzoll bedeutend verstärkt werden wird. Das geschieht in einer Weise, daß die Zollsätze der Kolonien und Dominien gegenüber nichtbritischen Waren stark erhöht werden, während der Zollbetrag, den englische Waren zu zahlen haben, der gleiche bleibt wie bisher. Dadurch vergrößert sich der Prozentsatz des

Vorzugs, den England genießt; der Zollschutz der englischen Waren in den britischen Reichsgebieten ist verstärkt. Der Beschluß der Reichskonferenz von 1911 ermöglichte dieses Vorgehen.

Das zeigt uns, daß man drüben überm Kanal alles andere als „freihändlerisch“ gesinnt ist; es lehrt aber auch, daß es bei den kommenden Neuverhandlungen über unsere Handelsverträge noch um vieles schwieriger als bisher sein wird, der deutschen Industrie ihre Stellung auf dem Weltmarkte zu wahren und zu sichern. Das tut aber auch britens dar, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse speziell in ihren weltwirtschaftlichen Beziehungen und Verzweigungen unendlich verwickelter liegen, als es nach den Darstellungen der handelspolitischen ABC-Schützen in der sozialdemokratischen und „frei“ gewerkschaftlichen Agitation den Anschein haben könnte. Wir christlichen Arbeiter werden deshalb die Tiraden der roten Agitatoren und Prekerzeugnisse über unsere Wirtschaftspolitik als das zu werten wissen, was sie sind, als mehr oder minder verlockend schillernde Phrasen, mit denen in der realen Wirklichkeit nichts anzufangen ist. Der Schutz der nationalen Arbeit ist für uns unter den gegebenen Verhältnissen die Vorbedingung für den weiteren materiellen und kulturellen Aufstieg des deutschen Arbeiterstandes. Und wenn die Sozialdemokratie, um ihres Bopanzes „Freihandel und sozialistische Wirtschaftsordnung“ willen, der deutschen Arbeit den notwendigen Schutz verweigern will, so ist das eben ein Verrat an den Interessen des arbeitenden Volkes. Denkende Arbeiter, die das Reale nicht um einer Illusion willen preisgeben wollen, werden dieses Verräterspiel der Sozialdemokratie gebührend zu würdigen wissen.

Wie die Jugend verhehrt wird.

Wie uns übereinstimmend aus mehreren Orten berichtet wird, betreiben die Genossen neuerdings wieder mit gesteigertem Eifer und Fanatismus den Jugendfang. Ein Artikel aus Nr. 1 der roten „Arbeiterjugend“ dient ihnen dabei vorwiegend als Verhehungs- und Werbemittel. Es kann daher nichts schaden, wenn wir hier einmal ein paar der allzu klöbigen Hehbrocken aus dem Artikel des roten Jugendorgans auf ihren wahren Wert zurückführen; schon deshalb, damit unsere jungen Kollegen den Genossen bei Gelegenheit nach Strich und Faden dienen können.

In ganz raffinierter Weise werden die „freien“ Jungen von ihrem Leibblättchen angehöndelt und gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aufgebracht. Ueber die Reichsausgaben und Reichseinnahmen heißt es da wörtlich:

„Fast alle Ausgaben des Deutschen Reiches beansprucht die militärische Rüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft. . . . Jetzt sei über die Frage des Heeresetats nur so viel gesagt, daß die deutsche Sozialdemokratie Deutschland selbstverständlich nicht wehrlos machen will, daß sie im Gegenteile durch ihre militärischen und jugenderzieherischen Forderungen die denkbar stärkste Wehrhaftmachung des deutschen Volkes anstrebt. Die von der Sozialdemokratie gewünschte Volkswehr würde alle Mißstände des heutigen militärischen Staates im Staate ausschließen; zugleich aber wäre sie viel billiger als der heutige Militarismus.“

Sehen wir zu, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhält. Bei der Gründung des Deutschen Reiches nach dem glorreichen Kriege von 1870/71 wurde dem jungen Reich als die vornehmste Aufgabe die Landesverteidigung überwiesen. Eine ganze Reihe anderer Aufgaben, wir erinnern nur an das Schul-, Verkehrs-, Medizinal- und Veterinärwesen, die Rechtspflege usw., welche nicht minder große Summen erfordern, blieben den einzelnen Bundesstaaten vorbehalten. Bei dieser Sachlage ist es mithin von vornherein selbstverständlich, daß in den Ausgaben des Reiches die Summe für die Landesverteidigung eine erhebliche Rolle spielt. Zur Landesverteidigung sind nicht nur Soldaten nötig, sondern sie müssen auch befristet und gekleidet werden und Wohnungen haben. Ferner sind unbedingt notwendig: Flinten, Kanonen, Festungen, Kriegsschiffe usw. Das kostet aber alles Geld; sogar sehr viel Geld. Trotzdem ist es einfach unwahr, wenn die „Arbeiterjugend“ behauptet: „Fast alle Ausgaben beansprucht die militärische Rüstung.“ Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich wurden nämlich im Durchschnitt der letzten fünf Jahre von jeder Mark der Reichsausgaben 42 Pfennig für die Landesverteidigung ausgegeben. Also nicht fast alles, sondern nur zwei Fünftel; drei Fünftel wurden für andere Zwecke verwendet. So, junger Freund, jetzt urteile selbst, was von dem Gerede der „Arbeiterjugend“ zu halten ist.

Ihre weitere Behauptung: „die von der Sozialdemokratie gewünschte Volkswehr sei billiger als unser Heer“, ist zu fadenscheinig, um einer Widerlegung zu bedürfen. Denn auch sozialdemokratische Soldaten wollen essen, trinken, wohnen und sich anziehen. Auch würden sie sich schon dafür bedanken, mit hölzernen Säbeln und Steinschloßflinten in den Kampf zu ziehen. Ebenfalls können sie auf hölzernen Fuchsfässchen den schwer gepanzerten Kriegsschiffen unserer Nach-

harnationen nicht standhalten. Deutschlands Weiber und Kon-
kurrenzen rufen unausgesetzt und warten nur auf die Ge-
legenheit, um über uns herzufallen und uns wirtschaftlich
und politisch zu schwächen. Und da sollen wir uns auf die
rote Volkswirtschaft a la „Krahwinkel Landturn“ verlassen?
Deutsche, die so was behaupten, sind — frei nach Otto Hue,
dem sozialdemokratischen Bergarbeiterführer — „nicht mehr weit
vom Irrenhaus.“ Damit ist die Weisheit, die die „Arbeiter-
jugend“ über den Staat versippt, genügend gekennzeichnet.
Nur wollen wir ihr noch zeigen, daß es Sozialdemokraten
gibt, die eine ganz andere Meinung vom Staat haben wie
das rote Jugendorgan. Der sozialdemokratische Reichstags-
abgeordnete Hugo Lindemann schreibt in den „Sozialistischen
Monatsheften“ Nr. 1/1912 u. a.:

Die Tätigkeit des Staates erschöpft sich nicht mehr in
der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ord-
nung, in der Aushebung von Soldaten und der Zwangs-
eintrichtung von Steuern, obwohl er der Masse der Bevöl-
kerung häufig auch heute noch fälschlich nur in dieser Weise
erscheint, da die anderen Tätigkeiten ihr weniger klar
in die Augen fallen. Es genügt hier, auf die großen
Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, des Arbeiter-
schutzes und der Arbeiterversicherung, des Verkehrswe-
sens, der Gewerbe- und Landwirtschaftsförderung usw. hinzuweisen.
Mit diesem Anwachsen des tatsächlichen Staats-
und Gemeindegewalts haben Staat und Gemeinde eine
ganz andere Bedeutung für das Leben des einzelnen innerhalb
der Gemeinschaft gewonnen: Sie sind unerträglich
für seine Existenz geworden. Und je schwächer
die wirtschaftliche Persönlichkeit ist, je we-
niger sie sich aus eigenen Kräften gegen die laienmäßig
auf sie einwirkenden Schädlichkeiten des gesellschaftlichen
Erzwingens vermag, in desto höherem
Grade bedarf sie ihrer schützenden und för-
dernden Tätigkeit. Gerade die arbeitenden Klassen
haben also das größte Interesse daran, daß der Staat sein
Tätigkeitsgebiet nicht beschränkt oder darauf verzichtet, son-
dern es ausbaut.

Wenn die roten Volksbegleiter jetzt wiederkommen und
mit der „Arbeiterjugend“ kreiben wollen, dann schlägt ihnen
das Urteil des sozialdemokratischen Abgeordneten Lindemann
um die Ohren. Jedenfalls ist dieses das beste Mittel.
Ebenso verlogen ist eine weitere Behauptung der „Ar-
beiterjugend“, welche also lautet:

„Eine fünfköpfige Arbeiterfamilie zahlt,
wenn man alle Verteuerungen der Lebens-
mittel durch indirekte Steuern und Zölle zu-
sammenrechnet, im Jahre die ungeheure
Summe von über 400 Mark.“

Wenn das wahr wäre, dann müßten die Reichseinnahmen
im Jahre 5800 Millionen Mark betragen. In Wirklichkeit
betrug die ganze Reichseinnahme aus Zöllen und Steuern
usw. im Jahre 1908 zusammen 1063 Millionen Mark. Also
auch diese Behauptung der „Arbeiterjugend“ plakt bei näherem
Zusehen wie eine Seifenblase.

Mithin ist von den beiden Hauptschlägern zur Verhetzung
der jugendlichen Gemüter rein gar nichts übrig geblieben. Unsere
jugendlichen Freunde — und den Alten schadet es auch nichts —
wollen aus diesen Tatsachen den Schluß ziehen, daß die
roten Agitatoren ohne jedes Bedenken gewissenlos drauflos
behaupten: „Das legt uns die Verpflichtung auf, ihnen ganz
energisch entgegenzutreten. Damit ist aber nicht genug getan.
Wir müssen darüber hinaus an Hand der hier aufgeführten
Tatsachen die Unorganisierten von der Niederträchtigkeit der
roten Sache überzeugen und sie für unsere Sache gewinnen.
Denn nur die zielbewußte christliche Gewerkschaftsarbeit garan-
tiert uns den Ausschlag des Arbeiterkampfes, den wir alle
erstreben.“

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.

In seinem Rückblick auf das verfloffene Jahr schreibt
das „Zentralblatt“ in Nr. 1 von diesem Jahre u. a. folgendes:
Für die gewerkschaftliche Organisation ist das Jahr 1911
ein recht bewegtes gewesen, wenn es auch bezüglich Zahl und
Umfang wirtschaftlicher Kämpfe hinter seinem Vorgänger 1910
zurückbleibt. Eine ganze Reihe unserer christlichen Berufsver-
bände sind in größere Bewegungen und Kämpfe verwickelt
worden. Im Späthommer letzte wieder den Ruhrberg-
arbeiter eine Bewegung zwecks Lohnerhöhung ein, die
von der sozialdemokratischen Richtung nach Kräften für wahl-
politische Zwecke auszunutzen versucht wurde: eine bedenk-
liche Taktik, die auf den Erfolg der gewerkschaftlichen Bestrebungen
nur hemmend einwirken kann.
Der christliche Metallarbeiterverband mußte
in einer ganzen Anzahl Orte langwierige Kämpfe ums Ko-
alitionsrecht führen. In der Metallindustrie finden sich wohl

noch die zahlreichsten Unternehmer, die das gesetzliche Recht
des Zusammenschlusses, von dem sie selbst den ausgiebigsten
Gebrauch machen, durch brutale Gewaltmaßnahmen ihren Ar-
beitern zu beschneiden suchen. — Ein äußerst kampferfreies
Jahr haben die christlich organisierten La b a r b e i t e r h i n t e r
sich. Im August-September war der Verband in eine
größere Aussperrung am Niederrhein verwickelt. Kaum war
diese Bewegung — erfreulicherweise mit einem beachtenswerten
Erfolg für die Arbeiter — beigelegt, kam es in Westfalen-
Lippe zum Kampf, schließlich zur Aussperrung von 14000 Ar-
beitern und Arbeiterinnen, von denen nahezu 2000 Mitglieder des
christlichen Verbandes sind. Dieser schwere, von beiden Seiten
mit größter Hartnäckigkeit geführte Kampf ist bis zum Jahres-
wechsel noch nicht beigelegt. Hoffentlich werden die zurzeit
geführten Verhandlungen von Erfolg begleitet sein.

Einen äußerst schweren Kampf grundsätzlicher Art mußte der
Gutenbergsbund im vergangenen Jahre um seine Aner-
kennung und Gleichberechtigung in der Buchdruckertarifge-
meinschaft führen, und zwar nicht etwa gegen Unternehmer,
sondern gegen eigene Stände- und Berufsgenossen, gegen
die sozialdemokratische Gehilfenorganisation. Das ist das be-
zeichnende und widerwärtige an der Sache. Bei der letzt-
jährigen Tarifverneuerung sind die berechtigten Ansprüche des
Gutenbergsbundes an dem schroff ablehnenden Verhalten der
sozialdemokratischen Verbandvertreter geplatzt; aber Ruhe
wird im Buchdruckgewerbe so lange nicht eintreten, bis
die Alleinherrschaft des sozialdemokratischen Verbandes in den
Tarifinstitutionen gebrochen ist und erträgliche Zustände im
Buchdruckgewerbe geschaffen sind.

Ungeachtet aller Gegner von rechts und links und sonstiger
Schwierigkeiten hat die christliche Gewerkschaftsbewegung im
vergangenen Jahre wieder einen größeren Schritt vor-
wärts gemacht. Die meisten der christlichen Berufsverbände
haben ihre Mitgliederzahlen erheblich steigern können. Allzu
optimistische Hoffnungen sind allerdings nicht in Erfüllung
gegangen. Im ersten Halbjahr war ein rapider Aufschwung
zu verzeichnen, der leider in der zweiten Jahreshälfte nicht
angehalten, vielmehr einer Stagnation Platz gemacht hat. Die
politischen Wirren und die allseits einsetzenden Wahlkämpfe
haben zweifellos die gewerkschaftliche Agitation beeinträch-
tigt. Namentlich ist das Fazit des vergangenen Jahres für
die christlichen Gewerkschaften ein erfreuliches. Nach einer
vorläufigen Uebersicht beträgt die Mitgliederzunahme der im
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vereinigten Ver-
bände 30—35 000.

Sobald der Wahlkampf zum Reichstag beendet ist, muß
wieder auf der ganzen Linie die Agitations-
arbeit belebt und befruchtet werden. Die verschie-
densten Ergebnisse und Vorkommnisse im letzten Jahre haben
die unbedingte Notwendigkeit einer christlichen Gewerkschaft
mit kaum zu überbietender Schärfe erwiesen. Das ist für
jeden, der sich seiner großen Verantwortung bewußt ist,
gleichbedeutend mit der entschiedenen Mahnung zum Aufge-
bot aller Kräfte für die Stärkung der christ-
lichen Gewerkschaftsbewegung.

Soweit das Zentralblatt. Auch in den Kreisen unserer
Verbandsmitglieder soll die Mahnung zu weiterer, unausge-
setzter Verarbeitung nicht ungehört verhallen. Steht doch gerade
uns christlichen Metallarbeitern noch ein großes Rekruti-
erungsfeld zur Verfügung. Lassen wir darum die ersten Mo-
nate des Jahres 1912 nicht unberührt verstreichen; die Zeit
bis zu unserer nächsten Generalversammlung gehört der Agi-
tation, der äußeren und inneren Stärkung und Festigung
unserer Position. Das schöne und ermunternde Resultat unserer
Verarbeitung im Jahre 1911 kann und muß durch unsere
geheiligte Arbeitsfreudigkeit schon im ersten Halbjahr 1912
überholt werden. Darum auf zur Tat! Die überragende Be-
deutung der Metallindustrie im deutschen Wirtschaftsleben muß
auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch einen
starken christlichen Metallarbeiterverband zum Ausdruck kommen.

Volkswirtschaft und Wirtschaftstheorien.

Es berührt fast wie Ironie, daß aus den Grundätzen
des wirtschaftlichen Liberalismus sein erbittertester Gegner —
der Sozialismus — entstanden ist. Der Liberalismus hatte
in einseitiger Weise die Arbeit als wertbildendes Mo-
ment hervorgehoben, der Liberalismus hat den Satz — Arbeit
ist die Quelle alles Wertes — zur Grundlage seines Systems
gemacht; der Sozialismus hat die Arbeit von der Person
gelöst und sie zu einer Ware gestempelt, er hat als Motiv
des wirtschaftlichen Handelns allein den Egoismus — den
größtmöglichen Vorteil — gelten lassen, der Sozialismus
hat in der materialistischen Geschichtsauffassung alles Werden
und Bergehen, alles Tun und Lassen nur auf wirtschaftliche

*) Vergl. die Artikel in den Nrn. 40, 41, 44 und 47, 1911.

Momente zurückgeführt und damit die freie Willensbestimmung
eigentlich ausgeschlossen.

Die Entwicklung des Sozialismus zu seiner heutigen Gestalt
wird gekennzeichnet durch die Namen Saint-Simon,
Fourier und Louis Blanc. Es entspricht dem inneren Zusam-
menhang, der zwischen Liberalismus und Sozialismus besteht,
daß in dem Lande der Physiokratie sich auch die ersten Ver-
treter des modernen sozialistischen Gedankens vorfinden, daß
sie wie die Physiokraten sich in ihren Forderungen auf die
Grundsätze der Naturphilosophie stützten. Die Schulen der
genannten Männer verlangen alle eine Einschränkung des
Privatigentums. Rousseau lehrte, daß der Mensch von Natur
aus gut sei; die Menschen im Naturzustand bedingen daher
eine Gesellschafts- und damit Wirtschaftsform, in der jeder
einzelne glücklich ist. Nur weil die Menschheit künstlich
die „natürliche Ordnung“ zerstört habe, fänden wir heute so
viel Elend und Not. Die natürliche Ordnung aber bestehe
in dem ausschließlichen Eigentum des Staates oder der Ge-
sellschaft an den Produktionsmitteln. Da sich der Sozialismus
diese Lehre zu eigen gemacht hat, ist ihm das tiefste und
letzte Ziel: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Louis
Blanc war der erste, der diese Forderung durch eine kritische
Würdigung der bestehenden Gesellschaftsordnung wissenschaftlich
zu begründen suchte. In dieser Methode folgten ihm die
nun folgenden Lehrer des Sozialismus — Lassalle, Marx,
Engels.

Das systematische Lehrgebäude des Sozialismus stammt
von Karl Marx, der in seinem dreibändigen Werk, das Ka-
pital, die inneren Zusammenhänge und die Grundlage der
heutigen Gesellschaftsordnung zu erforschen sucht. In welcher
Weise und mit welchem Erfolg er das getan hat, soll die Be-
trachtung einiger seiner Lehren zeigen. Die erste und wich-
tigste Lehre, mit der das ganze sozialistische System steht
und fällt, ist in der Wert- und Mehrwerttheorie
von Karl Marx niedergelegt. Sie gründet sich auf den Satz:
die Arbeit allein ist die Quelle alles Wertes; ins-
folgedessen wird der Wert einer Ware nur durch die Menge
Arbeit bestimmt, die in ihr enthalten ist. Karl Marx ist
keineswegs der erste, der die Arbeit als allein wertbestim-
mend hingestellt hat; vor ihm haben dies schon, wenn auch
nicht in dieser kategorischen Form, Adam Smith und Ri-
cardo getan. Interessant ist es, wie Marx das Zustande-
kommen eines Kaufes bzw. Verkaufes erklärt. In
beiden Waren — in der zu gebenden wie in der, die er-
werben will — ist Arbeit enthalten. Nur durch diese Tat-
sache kann eine Uebereinkunft des Käufers und des Ver-
käufers eintreten, weil sie nun gegenseitig den Wert der Ware
messen können und sie werden sie nur eintauschen, wenn der
Wert beider Waren gleich ist, d. h. wenn in beiden gleich
viel Arbeit enthalten ist. Man wird dem nun entgegen-
halten — es ist ganz und gar unmöglich, die verschiedenen
Arten der Arbeit miteinander zu vergleichen, wie kann denn
dies z. B. bei der Handarbeit mit der Geistesarbeit geschehen?
Ein anderer wird sagen — die Arbeitsbedingungen, unter
denen der einzelne arbeitet, sind so verschieden, daß auch
hier ein Vergleich unmöglich ist. Der eine arbeitet mit Ma-
schinen, der andere bringt das gleiche Produkt in mühevoller
Handarbeit hervor. Ist darum das letztere Produkt mehr
wert als das erste, das trotz zweifellos mühseliger bei
weniger Arbeit geschaffen wurde?

Marx hat natürlich diese Einwürfe vorausgesehen und be-
sah, sagt er, muß jede Art der Arbeit auf die sog. gesell-
schaftliche zurückgeführt werden. Es kommt nun nicht
mehr auf die Zeit an, die jemand für eine spezielle Arbeit
verwendet hat, sondern diese wird der gesellschaftlichen gleich-
gesetzt. So z. B. könnte man festsetzen, daß 1 Stunde Arbeit
eines Gelehrten gleich ist 5 Stunden gesellschaftlicher Arbeit,
1 Stunde Arbeit eines Schlossers gleich 2 Stunden gesell-
schaftlicher Arbeit usw. Die Zeit nun, die jemand zur Her-
stellung eines Produktes braucht, kann je nach Fähigkeit und
Mitteln eine verschiedene sein. Da darf nun nicht jeder
beliebig viel Arbeitszeit anrechnen, sondern nur so viel als
nötig ist, um das betr. Gut mit den rationellsten Produk-
tionsmitteln und dem durchschnittlichen Grad von Geschick
herzustellen.

Wir haben bis jetzt zwei Lehrsätze von Marx kennen ge-
lernt: 1. Arbeit ist die Quelle alles Wertes und 2. Im
Tausch wird gleiches gegen gleiches gegeben — Arbeit gegen
Arbeit. Aus diesen Sätzen ergibt sich die Beantwortung
der Frage: Welches ist denn nun der Wert der
Arbeit selbst, der Arbeit, die der Arbeiter gegen Entgelt
verkauft? Die Arbeit ist nach der heutigen Praxis eine Ware,
wie jede andere auch. Ihr Besitzer ist gezwungen, sie täg-
lich zu einem Preise zu verkaufen, der von denselben Faktoren
beeinflusst wird, wie der jeder anderen Ware auch. Der
Preis dieser, d. i. der in Geld ausgedrückte Wert, wird
aber nach Marx bestimmt durch die Arbeit, welche zu ihrer
Herstellung verwendet worden ist. Zur Erhaltung und Her-

Arbeiter und Erfindungen.

Große Summen gehen dem Volksvermögen jährlich
jahrrein dadurch verloren, daß es den arbeitenden Schich-
ten fast unmöglich ist, ihr geistiges Eigentum, also ihre
Erfindungen, wegen Unkenntnis auf dem Gebiet der
augenblicklich herrschenden Patentrechtsgebuna schützen zu
lassen. Wie jeder in der Industrie Stehende weiß, haben ge-
rade die Arbeiter durch den tagtäglichen Umgang mit Ma-
schinen, Werkzeugen, auch chemischen Stoffen aller Art
sehr oft Gelegenheit, wichtige Verbesserungen ausfindig
zu machen, die ihnen materiell von sehr großem Nutzen
sein könnten; allein, der kleine Erfinder weiß sehr oft
mit seinen Erfindungen nichts anzufangen, oder er fällt
gewissenlos „Patentbüros“ zum Opfer. Zwischen
letzteren und den rechtswidrigen Patentanwälten ist näm-
lich ein gewaltiger Unterchied.

Den bei dem kaiserlichen Patentamt eingetragenen
Patentanwälten, welche vor der Eintragung ein be-
stimmtes Studium, eine längere Praxis in der Technik
und im Patentrecht nachweisen müssen, wobei außerdem
noch die Eintragung von einer Prüfung abhängig ge-
macht wird, ist es durch das Patentamtsgesetz unter-
sagt, Klame zu machen. In sogenannten Pa-
tentbüros hingegen werden in sehr vielen Fällen von
ganz unqualifizierten Personen ins Leben gerufen und
geleitet, und bieten ihre Dienste in marktüblicher Klame
an. Das Publikum wird dadurch irre geführt,
indem es einen durch Patentgesetz verpflichteten, quali-
fizierten Patentanwalt von einem „wilden“ Patent-

büro nicht mehr zu unterscheiden versteht. Diese letz-
teren machen leider sehr oft vorzügliche „Geschäfte“, weil
das große Publikum sich durch die Klame verführen
läßt und dem auf Massenbetrieb ausgehenden „Patent-
büro“ in die Hände fällt. Meist wird den Erfindern
noch eine große Menge Auslandspatente in allen mög-
lichen und unmöglichen Staaten aufgehängt; diese Patente
haben dann höchstens den Wert von beschriebenen und
bedrucktem Papier, in Wirklichkeit sind sie meist wert-
los, während sie dem Erfinder oft seinen letzten Groschen
gekostet haben.

Der Erfinder möge daher nachstehende Winke be-
achten, die ihn einestells zum Ziele führen können,
und andernteils davor bewahren sollen, unnützes Geld
zu verlieren.

Wünscht jemand eine Erfindung zu haben, so melde er
diese zuerst nur bei dem kaiserlichen Patentamt zu Berlin
zum Patent an. In den meisten Fällen ist es von
Vorteil, wegen des schwierigen Verfahrens sich einen
gebildeten Patentanwalt anzuvertrauen. Die Liste der
wirklichen Patentanwälte ist jederzeit für einige Pfennige
vom kaiserlichen Patentamt in Berlin direkt zu beziehen.
Der Patentanwalt berechnet für die „deutsche“ Anmel-
dung etwa 100 bis 120 M., wobei die amtliche An-
meldegebühr von 20 M. mit eingerechnet ist. Die Er-
findung wird dann vom kaiserlichen Patentamt sorg-
fältig geprüft, und der Erfinder wird bald erfahren,
ob er wirklich eine neue patentfähige Erfindung
gemacht hat oder nicht. Eine vorherige Nachforschung
seitens des Erfinders, ob seine Erfindung wirklich neu

und patentfähig ist, kommt viel teurer zu stehen, als die
oben erwähnte Summe, was dem Leser begreiflich erscheinen
wird, wenn er hört, daß zu diesem Zweck eine Biblio-
thek von vielen tausend Bänden studiert werden müßte.
Eine Erfindung gilt nämlich nur dann als neu, wenn
sie in den letzten 100 Jahren in deutschen oder ausländi-
schen Druckschriften noch nicht beschrieben worden ist.

Hat sich durch die Vorprüfung beim kaiserlichen Pa-
tentamt herausgestellt, daß wirklich eine patentfähige Er-
findung vorliegt, so hat der Erfinder, da die Vor-
prüfung in 3—6 Monaten zu Ende ist, immer noch
Zeit, seine Erfindung im Ausland anzumelden. Es be-
steht nämlich zwischen Deutschland, und allen übrigen
meist in Betracht kommenden Kulturstaaten ein Vertrag,
gewöhnlich „Unionsvertrag“ genannt, nach welchem der
Erfinder noch ein Jahr nach der Anmeldung des deut-
schen Patentes seine Erfindung in den übrigen ihm not-
wendig erscheinenden Staaten anmelden kann, wobei ihm
der Tag der deutschen Anmeldung angerechnet wird. Es
lasse sich daher niemand verführen, wie es leider schon
so oft geschehen ist und noch tagtäglich geschieht, seine Er-
findung gleich in Auslandsstaaten anzumelden, was so-
fort eine für einen arbeitenden Mann unverhältnismäßig
hohe Summe Geldes verschlingen würde.

Wenn unsere Leser obige kurze Winke beobachten,
werden gute Erfindungen ihnen den gewünschten Nutzen
bringen, während sie im übrigen vor unnütigen Geld-
ausgaben bewahrt bleiben. Im übrigen sind auch wir
gerne bereit unsere Mitglieder im gegebenen Falle mit
sachgemäßem Rat zu unterstützen.

vorbringung der Arbeitskraft dienen aber die notwendigen Lebensmittel. Der Wert der Arbeit ist also gleich dem Werte der Unterhaltsmittel, die ihr Besitzer zur Erhaltung und Erneuerung braucht. Anders ausgedrückt besagt dieser Satz: Der Arbeiter erhält für seine Arbeitskraft gerade soviel Lohn, daß er damit notdürftig bestehen kann. Dieses Gesetz ist ebenfalls nicht von Marx zuerst „erkannt“. In dieser schroffen Form hat es zuerst Lassalle ausgesprochen als das „ehrerne Lohngesetz“. Daß es immer in Wirklichkeit bleibe, dafür Sorge das Malthusische Bevölkerungsgezet, das hier aber nicht weiter erörtert werden soll.

Karl Marx stellt diese ganze Untersuchung an, um die Ursache des „Mehrwertes“ zu erforschen. Schon frühzeitig hat man sich gefragt: Wie kommt es, daß der Kapitalist am Schlusse eines Produktionsprozesses immer mehr hat als vorher, daß er einen höheren Wert (Mehrwert) erzielt, als er selbst aufgewendet hat. Man hat zur Erklärung dieser Tatsache die verschiedensten Theorien aufgestellt. Marx sucht sie auf folgende Weise zu erklären.

Das zu produzierende Gut hat bei seiner Fertigstellung verschiedene Werte übernommen. Es besteht aus dem Wert des Rohstoffes und dem Wert der Abnutzung des Materials. Zu diesen beiden Werten, die vollständig in das neue Produkt übergehen, tritt nun noch ein neuer, ein 3^{tes} Wert, die Arbeit des Arbeiters. Ein Beispiel möge uns den Vorgang klar machen: Der Arbeiter braucht zu seinem Lebensunterhalt 3 Mark täglich. Diese Summe stellt deshalb, wie aus dem oben Gesagten hervorgeht, seinen Lohn dar. Die Rohstoffe, welche dieser Arbeiter verarbeitet, besitzen einen Wert von 10 Mark, die Abnutzung der Maschinen zc. beträgt 2 M. Der Wert des Produktes besteht also aus: Arbeitslohn + Rohstoff + Abnutzung = 3 + 10 + 2 = 15 M. Dieser Wert ist aber genau gleich mit dem vorgeschossenen, ein Mehrwert zeigt sich nirgends. Würde der Kapitalist nur diese seine ausgelegte Summe wieder erhalten, so würde bald jede Produktion aufhören, denn sie würde ja keinen Gewinn abwerfen.

Der Kapitalist bezahlt dem Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft, der bestimmt ist, durch den notwendigen Lebensunterhalt. In dem angeführten Beispiel verarbeitet der Arbeiter die Rohstoffe (10 M.) in 6 Stunden. Er verdient also schon in dieser Zeit seinen ganzen Tagelohn. Dem Unternehmer fällt es nun aber nicht ein, den Arbeiter nur 6 Stunden arbeiten zu lassen, er behält ihn ruhig noch 6 Stunden da, in denen er umsonst schaffen muß, schaffen muß für die Kapitalisten. Unsere Rechnung stellt sich nach Marx dann folgendermaßen: Der Arbeiter verarbeitet jetzt für 20 M. Rohstoff, dazu kommen 4 M. für Abnutzung der Arbeitsgeräte. Der Arbeitslohn beträgt nach wie vor 3 M. Diesen letzteren Wert hat aber der Arbeiter schon in 6 Stunden zugelegt, in den zweiten 6 Stunden legt er wieder einen Arbeitswert von 3 M. zu, den er aber nicht erhält, sondern der Unternehmer. Der Arbeiter erhält ja in den 3 M. schon den vollen Wert seiner Arbeitskraft. Der Kapitalist gibt also aus Rohstoffe + Abnutzung + Arbeit (6 Stunden) gleich 20 + 4 + 3 = 27 M., er erhält aber: Rohstoffe + Abnutzung + Arbeit (12 Stunden) = 20 + 4 + 6 = 30 M. Der Mehrwert beträgt also 3 M. Er erhält ihn deshalb, weil er dem Arbeiter nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit mit 6 M. mitgibt, sondern nur deren Wert mit 3 M. Der Mehrwert entsteht (nach Marx) also einzig und allein durch die Ausbeutung der Arbeiter, dadurch, daß diese nicht ihren vollen Arbeitsertrag erhalten.

Hat nun der Kapitalist einmal den Mehrwert geschmeckt, so verlangt er immer mehr, immer länger und intensiver muß der einzelne arbeiten; und da der Mehrwert von der Menge der angestellten Arbeiter abhängt, so strebt er darnach, ihre Zahl zu vermehren. Besonders sei hier noch hervorzuheben, daß der Gewinn des Unternehmers — nach Marx — nur bei Vermehrung der ausgebeuteten Arbeiter steigt, nicht etwa durch Anwendung von Maschinen usw. Bekanntlich spielt die Ausbeutungstheorie in der sozialdemokratischen Agitation noch eine große Rolle; was wir davon zu halten haben, soll uns ein weiterer Artikel lehren.

Vom Oberharz.

Wiederholt schon wurde in unserm Organ auf die wirtschaftliche Lage der Oberharzer Hüttenleute hingewiesen. Wiederholt wurde hier auch den in den dortigen Metallbetrieben tätigen Kameraden der Anschluß an unsern Verband empfohlen, um dadurch eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse anstreben zu können. Manches schon ist hier durch die Tätigkeit unseres Verbandes erreicht worden; darüber soll demnächst noch näheres in unserm Organ berichtet werden. Neuerdings waren wir mit Erfolg bemüht, den alten Invaliden, den Veteranen der Oberharzer Hütten- und Bergwerke eine Erleichterung im Kampfe ums Dasein zu verschaffen.

Die Invaliden, die vor dem 1. Januar 1908 pensioniert wurden, sind durch die Neuregelung der Knappschaftsverhältnisse im Jahre 1908 insofern benachteiligt, als ihnen der Reichszuschuß von 50 M. nicht ausgezahlt wird. Ihre Invalidenrente wird vom Knappschaftsverein Clausthal eingezogen. Die „jungen“, d. h. die nach dem 1. Januar 1908 pensionierten Invaliden hingegen erhalten neben ihrer Knappschaftsrente auch die volle Reichsinvalidenrente. Zweifellos liegt in dieser Regelung für die alten Pensionäre eine Härte; und man war auch schon von den verschiedensten Seiten bemüht, diese Härte zu mildern. Zunächst hat der frühere Abgeordnete für den Harzkreis, Herr Amtsgerichtsrat R 311e, im preussischen Abgeordnetenhaus auf diese Zustände hingewiesen; später hat dann der Abgeordnete Spitzig ebenfalls die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Es kann aber nichts seitens der Bergbehörde geschehen, weil das Statut von der Generalversammlung des Hauptknappschaftsvereins Clausthal ordnungsmäßig beschlossen und rechtskräftig geworden ist. Auf Anregung des Abgeordneten Spitzig ist alsdann seitens des Handelsministers eine bestimmte Summe in den Etat eingestellt, woraus bedürftige Invaliden unterstützt werden sollen.

Trotzdem kam die Sache nicht vom Fleck, die alten Invaliden sahen nichts von einer besonderen Unterstützung. Da nun in den letzten Monaten des Jahres 1911 die Verhältnisse infolge Dürre zc. ziemlich schwierig geworden waren, wurden von unserer Bezirksleitung in Gemeinschaft mit dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter in allen Harzorten, wo Hütteninvaliden in Frage kamen, Versammlungen abgehalten, um Mittel und Wege zu finden, für diese alten Kameraden eine Erleichterung zu schaffen. Unsere Bezirksleitung wurde beauftragt, in einer Eingabe dem Oberbergamt die Notlage zu schildern und um Abhilfe bzw. Gewährung einer Teuer-

ungszulage zu bitten. Aus der betr. Eingabe, die von den Kollegen Buchner und Sauer unterzeichnet war, sei hier die Begründung wiedergegeben:

„Da eine Verteuerung der Lebenshaltung besonders in der letzten Zeit sich bemerkbar gemacht hat, so bitten die Invaliden um Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage, um einen kleinen Ausgleich für die Mehrbelastung herbeizuführen. Ganz besonders wird diese Bitte von den Invaliden dem König. Oberbergamt unterbreitet, die vor dem 1. Januar 1908 invalide geworden sind, weil diesen ja der Reichszuschuß von 50 M. nicht ausgezahlt wird. Da ja für die Invaliden kein anderer Weg offen steht, um eine Erleichterung ihrer Existenz herbeizuführen zu können, so hoffen diese Leute nunmehr auf Königlich-Oberbergamt, um dort Gehör zu finden. Die Namen der Invaliden legen wir abschriftlich bei, weil die Originale infolge der vielen Wanderungen von Hand zu Hand nicht ganz zur Vorlage an Königlich-Oberbergamt geeignet sein dürften, sind aber, falls irgendwelche Zweifel an der Echtheit der Unterschriften entstehen sollten, auch gern zur Vorlage der Originale bereit.“

Auf diese Eingabe, die unter dem 7. Dezember 1911 an das Oberbergamt abgesandt wurde, antwortete die Königliche Oberbergbehörde folgendes:

„Auf Ihre gemeinschaftlich mit dem Herrn Gewerkschaftssekretär Sauer an uns gerichtete Eingabe vom 7. Dezember d. J. teilen wir Ihnen mit, daß die Unterstützung von Invaliden aus staatlichen Mitteln nach den bestehenden Bestimmungen grundsätzlich von der jeweilig nachzuweisenden Bedürftigkeit der Antragsteller abhängig gemacht werden muß. Wir bemerken jedoch, daß uns für die Unterstützung der Oberharzer Invaliden und deren Hinterbliebenen vom Herrn Minister in den letzten Jahren nicht unerheblich höhere Mittel als früher zur Verfügung gestellt und daß diese Mittel stets voll ausgenutzt worden sind. Da wir nach Lage der besonderen Verhältnisse in neuer Zeit eine noch weitergehende Unterstützung der Invaliden von vor 1908 für erforderlich hielten, hat uns der Herr Minister auf unseren im vergangenen Sommer gestellten Antrag vor kurzem für das laufende Etatsjahr noch einen weiteren Betrag von 9000 M. zur Verfügung und weitere Mittel für das nächste Etatsjahr in Aussicht gestellt. Der Betrag für das laufende Jahr wird nach vorgängiger Prüfung der Verhältnisse der in Frage kommenden Personen von uns baldigt zur Verteilung gebracht werden. (gez.) Steinbrink.“

Wie aus dem Vortragsprotokolle hervorgeht, hat zunächst das Königliche Oberbergamt selbst beim Minister einen höheren Betrag für die Unterstützung der Invaliden beantragt, sobald 9000 M. mehr zur Verfügung kommen können. Andererseits sind wir der Meinung, daß ohne unser Vorgehen nicht so schnell die ganze Angelegenheit in Fluß gekommen wäre. Jetzt ist von der maßgebenden Behörde aber Klarheit in dieser Frage geschaffen, unsere alten Kameraden bekommen 9000 Mark, die ihnen jedenfalls jetzt sehr gelegen kommen dürften. Wenn wir so sehen, daß unser christlicher Metallarbeiterverband auch für die Invaliden eintritt, so dürfen wir andererseits auch wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß die alten Kameraden nun ihrerseits alles aufbieten, um die jungen Hüttenleute zum Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband zu bewegen.

Wären die Harzer Hütten- und Bergleute früher in ihren christlichen Berufsvereinen tätig gewesen, dann wäre es nicht möglich geworden, daß eine Generalversammlung des Hauptknappschaftsvereins die Rechte der alten Mitglieder so hätte mißachten können. Darum aufgepaßt, Harzer Hüttenleute! trete ein in deine Berufsorganisation, den christlichen Metallarbeiterverband, der bisher und auch in Zukunft bereit und gewillt ist, die Interessen der Harzer Hüttenleute wahrzunehmen, wenn diese nur selbst es wollen!

W. B.

Erlösen und Wiederaufleben der Anwartschaft in der R.-B.-D.

Nach den Gesetzesbestimmungen der alten Invalidenversicherung war es jedem Versicherten möglich, beim Ausscheiden aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung sich durch freiwillige Weiterversicherung das Recht auf die Leistungen der Invalidenversicherung zu erhalten. Bei der freiwilligen Weiterversicherung war die Höhe des zu entrichtenden Beitrages ausschließlich der Wahl des Versicherten überlassen. Es mußten nur Marken derjenigen Landesversicherungsanstalt verwendet werden, in deren Bezirk der Betreffende beschäftigt oder unbeschäftigt wohnhaft war. Die freiwilligen Beiträge konnten auf ein ganzes Jahr zurück geleistet werden. Diese Bestimmungen sind mit in die Reichsversicherungsordnung übernommen worden, gelten also auch nach der Abänderung der Invalidenversicherung.

Es gab aber noch eine zweite Art der freiwilligen Versicherung und zwar die der freiwilligen Erneuerung der Versicherung. Bekanntlich erlischt die sogenannte Anwartschaft — das ist der Anspruch auf die Leistungen — in der „alten“ sowohl als in der „neuen“ Invalidenversicherung, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungsstages weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Nun aber waren in solchen Fällen die Rechte nicht unter allen Umständen reibungslos verloren, vielmehr war eine Wiedererlangung des Verlorenen möglich und zwar infolge Eintretens in eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder auch durch eine freiwillige Erneuerung der Versicherung. Während nun nach dem Invalidenversicherungsgesetz die Befugnis zur Erneuerung der Versicherung durch freiwillige Beitragsleistung jeder noch nicht erwerbsunfähigen Person gegeben war, ohne Rücksicht auf das Alter, hat die Reichsversicherungsordnung Bestimmungen getroffen, die die freiwillige Erneuerung der Versicherung nach Erlöschen der Anwartschaft wesentlich erschweren. Diese Erschwerung hängt zusammen mit zahlreichen Begünstigungen, die durch die neue Witwen- und Waisenversicherung gewährleistet sind. Wir haben bereits im vorigen Jahre auf diese Veränderungen hingewiesen, um unsere Mitglieder oder vielmehr deren Angehörige vor Nachteilen zu bewahren. Hoffentlich haben unsere Aufklärungen genügend Beachtung gefunden.

In der Reichsversicherungsordnung ist die Sache wie folgt geregelt:

„Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung annimmt oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert und darnach eine Wartezeit von zweihundert Beitragswochen zurücklegt.“

Hat der Versicherte bei der Wiederaufnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigung oder bei der Erneuerung des Versicherungsverhältnisses durch freiwillige Beitragsleistung das sechzigste Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens Tausend Beitragsmarken verwandt hatte.

Hat der Versicherte das vierzigste Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur auf, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens fünfhundert Beitragsmarken verwandt wurden und er darnach eine Wartezeit von fünfhundert Beitragswochen zurücklegt.“

Aus diesem Paragraphen ist also festzuhalten: Wer unter vierzig Jahre alt ist, erhält die verloren gegangene Anwartschaft wieder, wenn er infolge einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder infolge freiwilliger Erneuerung des Versicherungsverhältnisses wieder zweihundert Beitragswochen zurückgelegt hat.

Die über vierzig Jahre alte Person kann die verloren gegangene Anwartschaft wieder erlangen, wenn sie infolge einer versicherungspflichtigen Beschäftigung „wie die unter vierzig Jahre alten“ wieder zweihundert Beitragswochen zurücklegt. Will sie die Anwartschaft wieder erlangen durch freiwillige Versicherung, dann muß sie vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens fünfhundert Beitragsmarken verwandt haben. Hat sie die nicht, dann ist ein Wiederaufleben der Anwartschaft überhaupt gänzlich ausgeschlossen. Hat sie aber die Voraussetzung erfüllt, dann leben die alten Rechte wieder auf, wenn auf Grund der neuen freiwilligen Versicherung mindestens fünfhundert Beitragswochen zurückgelegt sind.

Eine noch ärgere Erschwerung der Wiedererlangung der Anwartschaft ist für die über sechzig Jahre alten Personen in dem angeführten Paragraphen enthalten. Während die von 40 bis 60 Jahre alte Person bei einer Versicherungspflicht bereits nach 200 Beitragswochen ihre Anwartschaft wieder erhält, ohne Rücksicht auf die vorher geleisteten Beiträge, und durch freiwillige Versicherung, wenn vor Erlöschen der Anwartschaft 500 Beiträge geleistet und auf Grund der neuen Versicherung wieder 500, ist der über sechzig Jahre alte Person die Wiedererlangung verloren gegangener Rechte auf Grund der Versicherungspflicht oder der freiwilligen Beitragsleistung nur dann möglich, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens tausend Marken geleistet waren und auf Grund des neuen Versicherungsverhältnisses mindestens 200 Wartezeiten zurückgelegt sind.

Um es nochmals kurz deutlich zu machen:

1. Durch eine neue Beitragsleistung auf Grund einer Pflichtversicherung können alle Personen, die das sechzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ihre Anwartschaft nach einer Wartezeit von 200 Beitragswochen wieder erlangen.

2. Die das vierzigste Lebensjahr bereits überschritten aber das sechzigste noch nicht vollendet haben, können ihre Anwartschaft wieder erlangen auf Grund der freiwilligen Versicherung, wenn sie vor Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Marken geleistet und nach der Erneuerung des Versicherungsverhältnisses wieder fünfhundert Beitragswochen zurückgelegt haben.

3. Die das sechzigste Lebensjahr vollendet haben, können die Anwartschaft nur dann wieder erhalten, wenn sie vor Erlöschen derselben mindestens tausend Beitragswochen zurückgelegt hatten. Trifft das zu, leben die früher erworbenen Rechte wieder auf, wenn sie 200 Beitragsmarken geleistet haben. Ein Unterschied zwischen freiwilliger oder pflichtgemäßer Versicherung ist hier nicht gemacht.

Vorstehendes gilt selbstverständlich nur für das Wiederaufleben einer erloschenen Anwartschaft. Auch nach der Reichsversicherungsordnung können erwerbsfähige Versicherte nach Zurücklegung einer neuen Wartezeit (200 resp. 500 Beitragswochen) einen Anspruch auf Rente usw. erlangen, die vor dem Erlöschen der Anwartschaft verwandten Beiträge werden aber, wie gesagt, nur unter den obigen Voraussetzungen bei der Rentenberechnung berücksichtigt.

Sehr wichtig ist für die Uebergangszeit die Bestimmung des Artikels 74 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung. Hat hiernach ein Versicherte, dessen Anwartschaft erloschen ist, vor dem 1. Januar 1912 sowie bis zum 31. Dezember 1912 wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen — und selbstredend Marken verwendet — oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert, so gelten für das Wiederaufleben der Anwartschaft die Vorschriften des § 46 Abs. 4 RVG. weiter, solange nicht die Anwartschaft abermals erlischt. In diesem Falle finden also die verschärften Vorschriften des § 1283 keine Anwendung; es ist auch nicht erforderlich, daß die Wartezeit des § 46 Abs. 4 von 200 Wochen bis zum 31. Dezember 1912 schon erfüllt sein muß.

Die Verschärfung der Bestimmungen über das Wiederaufleben der Anwartschaft durch freiwillige Versicherung zeigt, wie wesentlich es für die Versicherten ist, die Bestimmungen über die freiwillige Versicherung genau zu beachten und von ihr rechtzeitig Gebrauch zu machen. In einer einzigen Marke kann jetzt mehr wie früher das Schicksal der Rente hängen.

Die Ursache des Massenunglückes auf dem Hochofenwert „Böhni“

wird von der Zeitschrift „Stahl- und Eisen“, dem Organ des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, folgendermaßen geschildert:

„Der Hochofen Nr. 7 war nach seiner Fertigstellung am 16. Oktober 1911 angeblasen worden. Er war seit Neujahr vorzüglich gegangen, zeigte allerdings am 15. Januar einige Neigung zum „Hängen“, war aber bis 12 Uhr auch wieder fast jedesmal auf Abstellen des Windes 1 oder 1½ Ladungen gestoppt, ohne auszuwerfen, sodaß der Meister noch zu seinem Überschmelzer der Meinung Ausdruck verlieh, das Hängen sei anscheinend behoben und der Ofen gehe normal. Um 1.40 Uhr, als man im Begriff war, das Stichoß zum Absetzen zu öffnen, erfolgte plötzlich während des Wälzens ein dumpfer Knall, und wenige Sekunden darauf hatte sich das Unglück in seinem ganzen Unheil abgepielt. Die in der Nähe des Ofens beschäftigt gewesenen Zeugen befanden übereinstimmend, daß die Explosion — nur eine Explosion kann nach Ansicht von Sachverständigen die Ursache des Zusammensturzes gewesen sein — keineswegs von einem gewaltigen Knall etwa wie bei einer Gasexplosion begleitet war, sondern nur von einem dumpfen, nicht übermäßig lauten Knall. Die Explosion war zweifellos in geringer Höhe über dem Kohlenfach erfolgt, hatte dort das Mauerwerk und die Wände

zerpflanzte, so daß der ganze Schacht zusammenstürzte. Das Schachtmauerwerk und die Ofenbeschickung fanden ihren Ausweg zwischen den vielen Arbeitsbahnen des Gerüsts hindurch und zertrümmerten auch das Schuttbach zwischen Ofen und Gießbett. Die auf dem Schachtmauerwerk ansetzende schmiedeeiserne Stoszbühse zertrümmerte bei ihrem Niederfallen mehrere Arbeitsbahnen und Windverbände, überschlug sich und stürzte schließlich vom Ofen zu Boden.

Somit ist bis jetzt übersehen läßt, waren Gefell und Raß des Ofens, die allerdings äußerst stark gepanzert sind, sowie die Windleitung, sämtliche Gasleitungen, Corober-Apparate, Schrägaufzug usw. usw. vollständig unbeschädigt. Auf der Gießbahn sowie auf der ersten Arbeitsbahn unter der Gicht, auf der sich die Explosionsklappen befinden, lag nur etwas feiner Staub, so daß also durch die Explosionsklappen ein Auswerfen der Beschickung nicht stattgefunden hat. Dies wird auch dadurch bestätigt, daß in den Staubsäcken keine Beschickung gefunden wurde. — Durch eine traurige Verkettung von Umständen ist die Zahl der Opfer so außerordentlich groß. Während sonst nur 3 Mann am Hochofen beschäftigt sind, war diesmal eine Kolonne Schmiede und Hilfsarbeiter zugezogen, um mittels Sauerstoff das Stichel aufzuschmelzen, da darin anscheinend beim vorherigen Zustoßen um 11,45 Uhr Eisen erkaltet war. Außerdem war gleichzeitig eine Kolonne Hilfsarbeiter hinzugezogen worden, um mittels Eisenstangen die Düsen zu biegen, die infolge des Platzens mit kalterem Wind Neigung zum Schmelzen zeigten.

Aus der Arbeiterbewegung.

Auf der schiefen Ebene des Materialismus.

Die prinzipiellen Kämpfe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung drehen sich im Kerne um die Frage: „Soll die Lösung der Arbeiterfrage auf dem christlichen Rechtsboden oder auf dem Boden des Materialismus erstrebt werden.“

Für den christlichen Arbeiter ist diese Frage entschieden und braucht nicht erst diskutiert zu werden. „Kampf bis zur Vernichtung“, das ist die eiserne und unabwendbare Logik des Materialismus. Auch der Materialist erkennt ein „Recht“ an, das Recht seiner Klasse. Duldung, Verjöhnung, Ausgleich der Klassengegenstände, das sind dem Materialisten wesensfremde Begriffe. Und diesen unerbittlichen Klassenkampf haben die „freien“ Gewerkschaften in die Arbeiterbewegung hineingetragen. Das lehnen die christlichen Arbeiter ab. Ihnen gilt der Rechtsbegriff nicht als Vorrecht irgend einer Klasse, sondern als Norm für die Abgrenzung der Ansprüche der einzelnen Klassen der menschlichen Gesellschaft. Wer Rechte für sich fordern will, muß auch Rechte anderer anerkennen und sich seiner eigenen Pflichten gegenüber der Allgemeinheit bewußt sein.

Menschenrechte und Menschenwürde werden außer Kurs gesetzt, wenn der Materialismus, das Recht des Stärkeren als Regulator des wirtschaftlichen und sozialen Lebens Geltung erlangt. Der Mensch wird zur Maschine, die mit der Persönlichkeit untrennbar verknüpfte Arbeitskraft zur Ware degradiert. Das wird in einem Artikel, der kürzlich durch die sozialdemokratische Presse lief, offen eingestanden, gewissermaßen noch als Fortschritt gefeiert. „Vom „rohen“ Materialismus“ war der Aufsatz überschrieben (s. u. a. „Wälzische Post“, Nr. 286, 1911), worin es heißt:

„Der überzeugte Sozialist aber sieht in der Herabwürdigung des Menschen zur Ware nur eine Stufe in der historischen Entwicklungsreihe, deren eheernen Gesetzen wir uns nicht zu entziehen vermögen.“

Dieses Eingeständnis zeigt, wohin die verhängnisvolle Lehre des Materialismus und Klassenkampfes führt. Und da stellen sich die Sozialdemokraten noch verwundert, daß wir christlichen Arbeiter unsere eigenen Wege gehen. Wir wollen durch die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit Nachdruck dahin wirken, daß Menschenrechte und Menschenwürde auch im wirtschaftlichen und sozialen Leben Anerkennung finden.

Die Doppelmoral des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes

wird einmal wieder grell beleuchtet durch ein Vorkommnis in Köln. Dort hatte ein junges Mitglied des Gutenberg-Bundes aus Not und ohne die Folgen zu bedenken, acht Tage in einer nichttarifstreuen Druckerei gearbeitet. Als er sich nachher beim „paritätischen“, von sozialdemokratischen Verbänden verwalteten Arbeitsnachweis um neue Arbeit meldete, wurde er scharf mit dem Hamnstrahl „tarifunten“ abgewiesen. Das bedeutet im Buchdruckergewerbe soviel wie dauernde Achtung und Arbeitslosigkeit. Da wandte sich der Sekretär Felber des Gutenbergbundes an den „paritätischen“ Gehilfenvertreter Albrecht, worauf sich folgendes Telefongespräch abwickelte:

- Felber: Herr Albrecht, kann ich Sie einmal sprechen?
- Albrecht: In welcher Angelegenheit?
- F.: Angelegenheit Frank.
- A.: Da gibt es nichts zu sprechen, der Herr ist und bleibt tarifunten.
- F.: Herr Albrecht, Sie wissen doch auch die miserablen Umstände berücksichtigen: 1. Frank hat keine Mutter zu ernähren, der Becker ist gestorben, er hat also aus Not gehandelt. 2. Kamme der junge Kollege die Folgen nicht, die ihm aus seinem Verhalten erwachsen. 3. Dauerte die Kondition nur 8 Tage.
- A.: Hilft alles nichts, der Mann muß bestraft sein.
- F.: Ganz recht, auch ich bin dafür; aber der junge Kollege kann doch nicht ewig tarifunten bleiben. Lassen Sie doch mal mit sich reden darüber.
- A.: Es hat keinen Zweck, ersuchen Sie Ihre Mitglieder besser.
- F.: Ich dachte der Kollege Frank habe in tariflicher Beziehung keine Schulung mehr notwendig, da er ja vom Verbanne zu uns übergetreten ist.

Diese Ausführungen scheint Herr Albrecht entweder nicht mehr gehört zu haben, oder er konnte nicht gleich eine Erwiderung finden, denn er schwieg und brach das Gespräch ab. „Dieses Verhalten eines „unparteiischen“ Gehilfenvertreters spricht Bände“, schreibt der „Typograph“, das Organ des Gutenberg-Bundes, „namentlich, wenn man bedenkt, daß kurze Zeit vorher 37 Rotationsmaschinenmeister weit größeren Tarifbruch begangen haben, als Kollege Frank, aber nicht als tarifunten erklärt wurden.“ Der Verbändler entschuldigt in unserem Falle, aber nicht der paritätische Gehilfenvertreter. Ein solcher Mann ist einfach unfähig, einen so wichtigen Posten zu bekleiden. Nicht nur wir, sondern auch seine Freunde z. B. die sozialdemokratische Gewerkschaft

beiterzeitung, sind der Meinung. — Nun wandte sich Kollege Frank an das Tarifarbitrium und dieses erklärte ihn für tarifunten. Ein Beweis, wie ungerecht Herr Albrecht gehandelt hat.“

Der Fall spricht für sich. Er ist aber auch eine ernste Mahnung an unsere christlich gesinnte Metallarbeiterschaft, heizelten die Ellbogen zu gebrauchen. „Stärkung unseres Verbandes“ sei deshalb unsere Parole.

Rundschau.

Die sozialpolitische Belastung der deutschen Industrie wird bekanntlich von den Gegnern der Sozialpolitik als so enorm dargestellt, daß eines guten Tages die Industrie darunter zusammenbrechen müsse. Das ist natürlich unwahr und von uns schon oft zurückgewiesen worden. Wie recht wir damit hatten, zeigen die wachsenden Ausführungen des Tabakgroßindustriellen Geh. Kommerzienrat Edmund Schmidt-Altenburg in der Generalversammlung des Deutschen Tabakvereins. Nach der „Magdeburger Volksstimme“ sagte Kommerzienrat Schmidt u. a.:

„Meine Herren, ich bin jetzt überzeugt, daß bei Ihnen allen zunächst, als die soziale Gesetzgebung eingeführt wurde, und als zum ersten Male die großen Beiträge für die Krankenversicherung gezahlt werden mußten, gar mancher gestöhnt hat. Heute aber werden diese Beiträge, die alljährlich in gleicher Höhe wiederkommen, gebucht, sei es auf Unterkonto, sei es auf Löhnekonto; denn es ist ja ein Teil des Lohnes, und sie werden selbstverständlich mitalkuliert und erscheinen im Preise der Ware schließlich wieder — bei schlechter Konjunktur vielleicht nicht ganz in vollem Maße, aber wir leben ja jetzt in sehr ungünstiger Konjunktur für uns und hoffen, daß es bei günstiger Konjunktur wieder anders werden möge. Jedenfalls ist aber so viel sicher, daß man von einem besonderen Drücken dieser Belastung kaum reden kann, namentlich schon um deswillen, wenn Sie die Summe, die für die soziale Gesetzgebung jetzt gezahlt wird, nicht als Prozentteil des Lohnes ansehen, sondern sie mal umrechnen als Prozentsatz ihres Jahresumsatzes, schließlich nicht mehr als 1/2 von Hundert des Jahresumsatzes herauskommt, und zur Kalkulation, zur Aufzeichnung auf die betreffenden Fabrikate dreht es sich tatsächlich nur um 1/2 v. H. Meine Herren, das ist eine so geringe Summe, daß es unbillig und unrecht wäre, davon ein großes Geschrei zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen könnten, wenn unsern Arbeitern in Zukunft erhöhte Vorteile durch weitere Versicherungseinrichtungen zugewandt werden sollten.“

Meine Herren, so wie die Sache in unserer Industrie liegt, liegt sie ja bei weitem in den meisten Industrien in ganz Deutschland. Alle diejenigen Industrien, die ausschließlich im Inland arbeiten oder die wenigstens zum bei weitem größten Teile im Inland arbeiten, können sich durch diese Beiträge zu der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise belastet fühlen, denn diese Beiträge treffen genau proportional ihre gesamte Konkurrenz; es ist also kein einziger in irgend einer Form bevorzugt.“

Das klingt nicht nach Zusammenbruch, sondern nach ganz etwas anderem. Hoffentlich erkennen die Arbeiter daraus, daß ihnen durch noch festeren Zusammenschluß in der Organisation die Eringung weiterer Vorteile möglich ist.

Ein Versicherungsamt wollte der Reichsverband deutscher Städte ganz allgemein für alle Städte mit mehr als zehntausend Einwohnern eingeführt haben. Der Minister hat hierzu nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom 19. Januar erklärt:

„Generell lasse sich eine Zusage für Errichtung der Versicherungsämter in den Städten mit über 10 000 Einwohnern nicht geben. Bei den Reichstagsverhandlungen habe die Regierung die Zusage geben müssen, daß keine Stadt zur Errichtung eines eigenen Amtes gezwungen werden solle. Die Verhältnisse der Städte, die um ein Versicherungsamt gebeten haben, müßten gesondert geprüft werden. Diejenigen, die ein Landratsamt nicht am Orte haben, würden in der Regel eher berücksichtigt werden können als diejenigen Städte, in denen ein staatliches Amt errichtet wird. Es würden ferner zu berücksichtigen sein, Entfernungen und Verkehrsverbindungen nach der Kreisstadt und Beurteilung der städtischen Verwaltung nach der Richtung, ob sie den rechtlichen und politischen Fragen, welche die Versicherungsämter zu lösen haben, gewachsen seien. Jedenfalls hätten eine Anzahl derjenigen Städte, die sich um ein städtisches Versicherungsamt beworben haben, Aussicht auf Erfüllung ihres Wunsches.“

Zur Wirtschaftslage äußert sich alljährlich die Berliner Handelskammer. In Betracht der großen Summe finanzieller, industrieller, gewerblicher und kommerzieller Interessen die in ihr vereinigt sind kann ruhig behauptet werden, daß der Bericht für das ganze Reich weitgehendste Beachtung verdient. Der Wirtschaftsbericht der Berliner Handelskammer zeigt für das Jahr 1911 in sehr interessanten Darlegungen die Steigerung der gewerblichen Produktion, des Arbeiterbedarfs der Industrie, des Inlandsverkaufs und der Ausfuhrfähigkeit der deutschen Industrie. Der Aufstieg war allerdings nicht in allen Erwerbszweigen und in allen Orten gleichmäßig, doch im ganzen und vor allem in den Haupterwerbszweigen ist er unverkennbar. Auf dem Arbeitsmarkt glückte sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage besser aus als in den Vorjahren. So ergab sich z. B. in den Monaten März bis September, daß die gesamten Arbeitskräfte, die sich anboten, bis auf einen nicht beträchtlichen Rest von den gewerblichen Betrieben aufgenommen wurden.“ Speziell in Berlin hob sich vom Beginn bis zum Schluß des Berichtsjahres die Zahl der in den Groß- und Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter um 8 Prozent.

Als Maßstab für die Steigerung der Produktionsfähigkeit der Industrie vliegt die Entwicklung der Eisenindustrie zu gelten. Es liegt die Erzeugung von Roheisen in Deutschland um 5-6 Prozent, der Verkauf von Stahl seitens des Stahlwerksverbandes um 11 Prozent. Die Zunahme des Warenabsatzes zeigt sich in der Vermehrung der Einnahmen der deutschen Bahnen um 9 Prozent im Jahre 1911. Im Außenhandel stieg die Einfuhr um 7 Prozent, die Ausfuhr um gut 10 Prozent. Von besonderer Wichtigkeit ist aber in dem Berichte die Feststellung, daß der Volkskonsum in Deutschland — abgesehen von nur einigen wenigen Waren der Lebensmittelbranche — vermindert wurde (S. 4). Auf Seite 38 wird sogar der Meinung Ausdruck gegeben, daß „man ohne Uebertrieb behaupten darf, daß in den Freisen mancher Industrie die überhaupt erreichbare Grenze des Tiefstandes wirklich erreicht ist.“

Diese von autoritativer Stelle stammenden Feststellungen räumen mit der hanfäbndlerisch-sozialdemokratischen Wahlhebe auf, wie ein Hagelwetter unter der Peterfische. Tropfen werden die Rosa- und Knallknoten weiterheben. Die einen tun es und zwinkern nachher mit den Augen: „haßt e Gesellschaft, wie die Papierchen steigen!“ Und die andern heben, „um die Wunden am Gesellschaftskörper offen zu halten“. Bis der Michel erwacht und — diese Gesellschaft energisch von sich abschüttelt.

Aus der Metallindustrie. Unter der Bezeichnung „Berliner Türschloßfabrikanten-Verband“ ist unter Beteiligung fast aller deutschen Fabriken, welche Berliner Türschloß herstellen, eine Preisvereinigung gebildet worden, welche die in diesem Zweige entstandenen Preisunterbietungen beseitigen soll und bereits eine angemessene Erhöhung vorgenommen hat. Die Herstellung ist in Beteiligungen festgelegt worden und wird nach dem jeweiligen Bedarf geregelt. Die Vereinigung läuft vorläufig bis zum Ende des Jahres 1914. — Das Weißblech-Verkaufs-Kontor in Köln blickt am 27. Januar d. J. auf ein 50jähriges Bestehen zurück. Es war wohl das erste deutsche Kartell im heutigen Sinne, von dem das Hengstbergwerk sichere Kunde hat, und somit auch das älteste. Das Verkaufs-Kontor hat aus Anlaß dieses Jubiläums eine Denkschrift herausgegeben, worin in kurzen Zügen eine Uebersicht über die Entwicklung der Herstellung von Weißblech gegeben wird. Zurzeit gehören dem „Kontor“ folgende Werke an: Dillinger Hüttenwerke, de Wendel & Co., Nasselsteiner Eisenwerks-Ges. m. b. H., Hülstener Gewerkschaft, Phoenix, N.-G., Abteilung Westfälische Union und Nachrodt. — Die Lothringer Eisenwerke in Ars an der Mosel wollen ihren ganzen Besitz für zwei Millionen Mark an die Gewerkschaft Deutscher Kaiser verkaufen. — Die Fajfir-Werke in Wachen erzielten 1910/11 nach 100 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 110 000 Mark. Die Aktionäre erhalten 7% Dividende gegen 4% im Vorjahre. — Die Maschinenfabrik Oerz in Alttötting hat nach 38 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 88 000 M. zu verzeichnen. Davon bekommen die Aktionäre 40 000 Mark gleich 4 Prozent Dividende.

Wie die Barbaren gehandelt haben am Wahltag einige Genossen in Gattingen. Wir lesen darüber in der Tagespresse: „Ein ganz wilder Kravall spielte sich am Wahltag in der Wirtschaft Kirchmeyer in Gattingen ab. Dort erschienen drei junge Kerle, die bereits in einer anderen Wirtschaft an die Luft gekostet worden waren, und hänselten die Gäste, bayerische Arbeiter, die beim Kartenspiel saßen. Was denen die Sache gar zu bunt wurde, goß einer einem der Stänker den Inhalt seines Glases ins Gesicht. Dieser Vorfall führte zu einem allgemeinen Angriff auf die Bayern, die nach Auffassung der Krakeeler, ja doch nicht sozialdemokratisch gewählt“ hätten. Mit Stühlen wurde auf sie eingeschlagen. Frau Kirchmeyer — ihr Mann liegt schwer krank zu Bett — welche die Wüstlinge zum Verlassen des Lokals aufforderte, wurde durch einen Schlag niedergestreckt; ebenso ihr Hausburche. Als die überraschten Bayern ins Nebenzimmer geflüchtet waren und sich dort eingeschlossen hatten, ließen die Burchen ihre Wut an dem Inventar aus, zertrümmerten zwei Spiegelscheiben im Werte von 400 M., mehrere wertvolle Türschloßer, das Büfett, 30 Gläser, mehrere volle Flaschen, den Kronleuchter und andere Sachen. Dem Wirt büßte ein Schaden von etwa 700 M. entstanden sein. Durch zwei Revolvererschüsse wurde eine im Nebenzimmer auf Besuch weilende Chefrun Meister am Arm verletzt. Frau Kirchmeyer hat sich in Krankenhausbehandlung begeben. Mehrere des Wegs kommende Arbeitsleute, welche die Schießerei gehört hatten, griffen die Wärtin an, schlugen sie mit Knäueln und übergaben zwei von ihnen der Polizei. Der Dritte wurde ebenfalls verhaftet. Es handelt sich um drei ledige Hüttenarbeiter, Herr, Durech, und Weis sind ihre Namen. die im Hüttenkrankenhause untergebracht und für den Wahlnachmittag beurlaubt worden waren, um wählen zu können.“

Wir würden von dem Treiben dieser Banden keine Notiz genommen haben; da die „Metallarbeiterzeitung“ aber mit Gewalt „Märtyrer“ sammelt, sei ihr auch die Keckheit der Meckelle gezeigt. Allerdings sind wir nicht so boshaft, anzunehmen, daß die drei Hüttenarbeiter den „Mut“ zu ihren Schandtaten aus den Wahlartikeln der Metallarbeiterzeitung geschöpft haben.

Für ihre Schimpfleistungen erhielten in der letzten Zeit wieder eine ganze Anzahl Sozialdemokraten die gehührende gerichtliche Prämie. Vom Schöffengericht Köln wurde am 16. Januar der frühere Reichstagsabgeordnete Bietich der Redakteur der „Ameise“, Organ des sozialdemokratischen Porzellanarbeiterverbandes, mit 100 M. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikation des Urteils bestraft, weil er den christlichen Gewerkschaftsbeamten Fromm, Redakteur der Keramik- und Steinarbeiterzeitung, mit Ausdrücken wie Schwindler, Verleumder usw. beschimpft hatte.

In der gleichen Sitzung wurde der verantwortliche Redakteur Mehlich der sozialdemokratischen Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ zu 50 M. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Er hatte in seinem Blatt einen geschäftigen Artikel unter der Ueberschrift: „Die neuen Christen“ abgedruckt, worin die christlichen Gewerkschaftsführer als bewußte Arbeiterverräter beschimpft wurden. Wegen deselben Schimpfartikels sind früher schon eine Anzahl sozialdemokratischer Redakteure verurteilt worden.

Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Heinrich Niegel hatte im August v. J. einen Artikel in der sozialdemokratischen Zeitung „Der Tabakarbeiter“ verfaßt, der eine schwere Beleidigung des früheren christlichen Gewerkschaftssekretärs Königshoven enthielt. Das Schöffengericht in Wachen verurteilte den Beschuldigten zu einer Geldstrafe von 100 M. — Eine zweite Sache betraf den Aachener Geschäftsführer der sozialdemokratischen Partei Jakob Honrath. Er hatte sich in mehreren Artikeln der Rheinischen Zeitung gegenüber dem früheren Gewerkschaftssekretär Königshoven, dem Geschäftsführer Bruders und dem Lagerhalter Alois Steinbeck schwerer Beleidigungen schuldig gemacht. Das Gericht verurteilte Honrath zu einer Geldstrafe von 400 M. Der Vorstehende hob bei der Urteilsbegründung hervor, durch Verhängung exemplarischer Strafen müsse nach Kräften verhindert werden, daß jemand mit der Ehre seines Nächsten in so leichtfertiger Weise umgehe, wie das in den vorliegenden Fällen geschehen sei.

Das Kapitel von der Masse und ihren Führern wird den sozialdemokratischen Gewerkschaften eine förmliche Zuchttrute. Der „freie“ Buchdrucker-Hilfsarbeiter-Verband muß zur Dämmung des Gespenstes jetzt einen außerordentlichen Verbandstag abhalten. Und das kam so:

Die Buch- und Steinbrücker-Hilfsarbeiter hatten einen neuen Tarif abzuschließen. Die Berliner Ortsverwaltung lehnte zum Schluß nicht nur den Vertrag ab, sondern sie weigerten sich auch an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen. Darauf hat denn der Zentralvorstand mit den Arbeitgebern einen Vertrag für Berlin abgeschlossen. Die „Souveränen“ Berliner aber beschloßen darauf, nicht eher wieder Gelder an die Zentralkasse abzuführen, bis der Verhandlungsstand gesprochen habe. Dieser findet nun am 22. Februar statt. Es scheint fast, als sollte er sich in dem gleichen Rahmen bewegen, wie der berühmte „Jungbrunnen“ in Dresden. Nach der Sprache des Verhandlungsorgans zu urteilen kann es heiter werden. „Es brodelt weiter im Regentessel Berlin“, schreibt die „Solidarität“, das Blatt des Verbandes. In anderer Stelle heißt es mit Bezug auf den Führer der 5000 Mitglieder zählenden Ortsverwaltung:

„Man hat denselben Verhandlungsstand deswegen des Arbeiterverrats bejähigt, weil er die dunklen Wege nicht gehen wollte und nicht gegangen ist, die ein einziger Herrenmensch in seiner Hülfs- und Tatenlosigkeit glaubte gehen zu müssen. Und nachdem es diesem Manne gelungen war, die Instinkte der von ihm geleiteten Masse zu weden, auf die allein er gewohnt war, von jeher zu spekulieren, dann war es ihm ein Leichtes, seine zutage getretene Unmöglichkeit zu maskieren und den nun einmal vorhandene Unwillen der Masse auf die Leitung des Verbandes zu konzentrieren.“

Das ist ein geradezu vernichtendes Urteil. Doch damit ist nichts geholfen. Richtiger wäre es schon, wenn die leitenden Kreise selbst an ihre Brust schlagen und den alten Adam austreiben würden. Denn was sich da in Berlin abspielt ist nichts weiter als die Frucht der jahrelangen sozialdemokratischen Verhehlung, welche die „freien“ Gewerkschaften restlos mitgemacht haben.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

W.-Gladbach. Die Firma Scheidt und Bachmann Eisenbahnsignal-Bauanstalt und Eisenwerkerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Meppen. Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Zwiflingen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Sevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schürhoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Beseitigung von Mißständen und Durchführung einer Lohnerhöhung im Streit.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Schrörs stehen im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro, Soienstraße 12 zu melden.

Schweier. Bei der Firma Schweier-Ratinger Maschinenbau-Gesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Eisenbrechern, Hoblern, Fräsern zc. ist streng fernzuhalten.

Rehheim. Bei der Firma Cöppikus-Röttger sind Differenzen ausgebrochen.

Zugang ist fernzuhalten.

Werdohl. Die Sperre über die Firma Picardt und Gerlach ist aufgehoben. Die Differenzen sind im Wege der Verhandlung zur Zufriedenheit der Arbeiter ausgeräumt.

Perne. Die Sperre über die Maschinenfabrik Baum ist aufgehoben.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. Februar 1912 der sechste Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. Februar 1912 fällig.

Die Sektionen Hannover-Wülfel und Hannover-Sarstedt erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg., die Sektion Hannover-Beine die Genehmigung zur Erhebung eines solchen von 15 Pfg. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Allen Verwaltungsstellen

ist die **Zählkarte** zur Reichsarbeitslosenstatistik für den Monat Januar zugesandt worden. Diese Zählkarte ist möglichst schon am 1. Februar auszufüllen und **spätestens** am 3. Februar an die Zentrale abzusenden. Sollte die Karte nicht in die Hände des Vorsitzenden der Verwaltungsstelle gelangt sein, so ist dies umgehend der Zentrale zu berichten, damit rechtzeitige Erfassung erfolgen kann.

Dortmund. Das Mitgliedsbuch Nr. 117 795, ausgehellt auf den Namen Ferd. Schulz, ist verloren gegangen und wird h. mit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

München. Am Sonntag den 14. Januar hatte unsere Ortsgruppe die jugendlichen Mitglieder zu einer Versammlung mit Vortrag und Lichtbildern eingeladen. Herr Dr. Knoblauch, Syndikus der Handwerkskammer, hatte in liebenswürdiger Weise den Vortrag über „Nutzen und Notwendigkeit der Lehrverträge“ übernommen. Redner schilderte in kurzen Worten den Aufbau des Lehrvertrages, dessen Inhalt und Notwendigkeit. Die Aufmerksamkeit der Zuhörer und der rauschende Beifall am Schluß der Ausführungen des Referenten

gaben den Beweis, daß unsere jungen Kollegen die lehrreichen Worte verstanden hatten. Sodann richtete Kollege Wagner noch einige Worte an die Anwesenden und ersuchte sie, das Gehörte in die Tat umzusetzen und Nachschau zu halten, ob sie alle mit ihren Meistern einen Lehrvertrag abgeschlossen hätten. Weiter ersuchte er die Lehrlinge in ihrem eigenen Interesse den Anweisungen des Meisters bei der Arbeit stets Folge zu leisten, denn was sie lernen, würde ihnen später nur selbst zugute kommen. Ebenso wurde darauf hingewiesen, daß unser Verband in Zukunft mehrere solcher Veranstaltungen abhalten wird, wo dann neben der Behandlung fachlicher Angelegenheiten auch die gewerkschaftliche Aufklärung erfolgen soll. Den Bestrebungen der Sozialdemokraten, insbesondere des sog. „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes, die Jugend an sich zu reißen und sie im Geiste des Klassenhasses und Klassenkampfes zu erziehen, müssen unsere Bestrebungen entgegenge-
setzt werden.

Der zweite Teil der Veranstaltung: „Lichtbilder von Krupp“ gaben den Jugendlichen einen Einblick in die Werkstätten des „Panzerkönigs“. Etliche humoristische Bilder bildeten den Schluß. Kollege Zeuner, dankte zum Schluß allen Anwesenden für ihr Erscheinen und Ausdauern und ersuchte, das Gehörte und Gesehene nun auch in den Kreis der andern Lehrlinge zu tragen und immer mehr Mitglieder unserem Verbande zuzuführen. Sichtlich befreit gingen die jungen Kollegen nach Hause und allgemein wurde der Wunsch geäußert, es möge recht bald wiederum eine solche Veranstaltung getroffen werden.

Wasseralfingen. Unsere Ortsgruppe hielt am 21. Januar ihre Generalversammlung ab. Diese erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Der Vorsitzende Kollege Schiele eröffnete die Versammlung mit einem warmen Willkommensgruß an die Anwesenden. Sodann erstattete er den Tätigkeitsbericht vom Jahre 1911. Uns bemerken ist zu entnehmen, daß der christliche Metallarbeiterverband in Wasseralfingen auch im verfloßenen Jahre wiederum bedeutende Fortschritte gemacht hat. Mit großem Beifall wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Mitgliederzahl zurzeit 400 überschritten hat. In der Innen- und Außenagitation wurde ebenfalls bedeutendes geleistet. Abgehalten wurden 10 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen, weiterhin noch 34 Sitzungen und Besprechungen. Auch die Schulung der Mitglieder durch Versammlungen und Verbandsorgan machte größere Fortschritte. Das zeigt sich besonders bei dem gut funktionierenden Vertrauensmännersystem. Auf materiellem Gebiete hat der Verband ebenfalls das Möglichste für die Mitglieder geleistet. In Regierung und Landtag wurde eine Eingabe gemacht, die wenigstens einen teilweisen Erfolg brachte. Ausdieses Vorgehen wurde die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf die Verhältnisse der staatlichen Hüttenarbeiter gelenkt. (Eingehendes darüber ist zu finden im Verbandsorgan Nr. 42 bis 46, 1911.)

Notwendig ist es, daß auch die noch der Organisation fernstehenden Kollegen sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Wenn alle Mitglieder auf dem Gebiete der Agitation ihre Pflicht tun, wird dieser Wunsch auch immer mehr zur Tatsache werden.

Ueber den Krankenstand berichtete der zweite Vorsitzende, Kollege Ott. Insgesamt waren 133 Mitglieder krank, die Unterstützung bezogen. Notwendig wäre hier mehr Pünktlichkeit im An- und Abmelden der Krankheitsfälle. Der vorliegende Krankenbericht, erstattet vom Kassierer Kollegen Nagel, zeigte ein musterhaftes Bild einer guten Krankenführung. Die Gesamteinnahmen der Zentralkasse pro 1911 betragen 7602,25 Mark, die Ausgaben 3404,29 M. An Krankengeld wurde die Summe von 2055,29 M. ausbezahlt. Die Lokalkasse bot ebenfalls ein Bild der Vorwärtsentwicklung. Die Einnahme betrug hier 2369,99 M., die Ausgaben 1847,59 M. Die einzelnen Berichte wurden jeweils mit größtem Interesse aufgenommen. Sodann ergriff der anwesende Bezirksleiter Kollege Gengler-Stuttgart das Wort. Einleitend sprach er den Vorständen und Mitgliedern seinen Dank aus für ihre Bemühungen und die rege Mitarbeit. Die Entwicklung der Ortsgruppe Wasseralfingen zeige ein erfreuliches Vorwärtsschreiten. Ueber die Notwendigkeit und Existenzberechtigung des christlichen Metallarbeiterverbandes in Wasseralfingen zu sprechen, sei heute überflüssig. Sein Programm, seine beinahe jährige Tätigkeit und seine Entwicklung am Orte zeigten zur Genüge, daß der christliche Metallarbeiterverband heute für die Wasseralfinger Arbeiter ein unentbehrlicher Faktor geworden ist. Redner besprach kurz einige Punkte der Tätigkeit des Verbandes auf materiellem und ideellem Gebiet. Aufgabe aller müsse es sein, auch den letzten Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Mit dem fünfjährigen Jubiläum müssen wir auch an das fünfte Hundert Mitglieder herankommen. Redner weist dann noch auf die Jugendfrage hin und forderte zur Gewinnung der Jugendlichen auf. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. Bei den nachfolgenden Vorstandswahlen wurde der bisherige Vorstand, Ausschuß und die Vertrauensleute in geheimer Wahl einstimmig wiedergewählt. Ein glänzendes Vertrauensvotum, das auch zeigte, daß Vorstand und Mitglieder von gegenseitigem Vertrauen zueinander bezeugt sind. Kollege Schiele dankte zum Schluß allen für das bewiesene Vertrauen und forderte zur eifrigsten Mitarbeit an die Stärkung des Verbandes und damit am Wohle der gesamten Arbeiterschaft Wasseralfingens auf. Die Versammlung hat aufs neue bewiesen, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke auch in Wasseralfingen und Umgebung im stetigen Wachsen begriffen ist.

Bromberg. Am Sonntag den 14. Januar fand im Schützenhause „Westend“ eine von 180 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt, einberufen von den christlichen Gewerkschaften Brombergs. Das Thema lautete: „Die Reichsversicherungsordnung“. Ueber den Metallarbeitern waren auch besonders stark die Mitglieder des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter erschienen. In 1 1/2stündigem Vortrage besprach Gewerkschaftssekretär Kollege Gailowski von Danzig die Vorteile, welche durch die Reichsversicherungsordnung den Arbeitern und auch besonders den Arbeiterinnen (Heimarbeiterinnen) zukommen. Ferner gezielte der Referent das arbeiterrepräsentative Treiben der sozialdemokratischen Partei bei der Beratung der Kommission, wie auch in den Reichstagsitzungen, und scharf beurteilte er die verkehrsmäßige Agitation der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen dieses Gesetz. Das Referat wurde mit reichem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach Frau Lachowski, Vorsitzende des Gewerbevereins der christlichen Heimarbeiterinnen zu Bromberg, ihre Genugtuung aus über das Zustandekommen des Gesetzes. Der Parteifreier der Sozialdemokratie von Bromberg, Herr Lepitz, wollte nun als Diskussionsredner die Reichsversicherungsordnung in Grund und Boden verdammen. Da ihm aber das notwendige Material dazu fehlte, so mußten die alten Schlag-

wörter: „Kirche“ — „Verbummungsanstalt“ — „Pflaßen“ — „Votivwunder“ — „Raubbau der Kapitalisten“ zc. das notwendige Material liefern. Merkwürdigerweise aber mußte Herr Lepitz selbst eingestehen, daß große Vorteile für die Arbeiter durch die neue Reichsversicherungsordnung erreicht seien. Im Schlußwort rechnete Kollege Gailowski mit dem roten Parteifreier scharf ab und wies ihm die Unhaltbarkeit seiner Ausführungen nach. Unser Vorsitzender Kollege Richard Schloß dann nach 3 1/2stündiger Dauer die anregend verlaufene Versammlung mit dem Appell an die Teilnehmer, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Efen. Bei der am 22. Dezember stattgefundenen Arbeiterauswahl der Vorbereder Maschinenfabrik und Gießerei entfiel auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 26 Stimmen, während für die Liste des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nur 16 Stimmen abgegeben wurden. Do nach dem Verhältniswahlsystem gewählt wurde, entfiel auf die christliche Liste 5 und auf die sozialdemokratische 1 Vertreter. Der Ausfall der Wahl zeigt, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke marschiert.

Werdohl. In unserem Orte haben wir schon schwere Kämpfe um Anerkennung der Arbeiterrechte und Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen müssen. Leibliche Verhältnisse für die Arbeiterschaft herrschten jedoch bis vor kurzem noch immer in der Wälfelabrik Duncker hier selbst. Der verstorbene Chef dieser Firma, Herr Duncker, nahm stets etwaige Wünsche und Beschwerden der Kollegen ruhig entgegen und sorgte nach Möglichkeit für Erfüllung oder Abhilfe. Dieses gute Verhältnis scheint jedoch jetzt nach dem Tode des alten Chefs verschwinden zu sollen. Der Herr Betriebsleiter T. geht recht „schneidig“ vor. Alte, im Dienste der Firma ergraute Arbeiter werden entlassen, und ebenso werden allerlei sonstige Veränderungen vorgenommen. Derjenige aber, der es wagt sich über die Zweck- und Unzweckmäßigkeit derartiger Veränderungen zu äußern, hat es schnell mit dem Herrn verstanden. Kürzlich wurde die Zahl der Vorarbeiter von sechs auf drei verringert und anstelle der Entlassenen wurden zwei weibliche Kräfte angestellt. Durch diese Verringerung konnte aber nicht soviel Material vorgearbeitet werden wie die Schleifer brauchten; in absehbarer Zeit hätten sie feiern müssen, wenn eine anderweitige Regelung nicht eintrat.

Die Schleifer, welche sämtlich in unserem Verbandsorganisiert sind, nahmen in einer Betriebsversammlung Stellung zu der Angelegenheit und beauftragten den anwesenden Verbandsbeamten, Kollegen Gierz-Siegen, sich mit der Firma wegen Abänderung des unhaltbaren Zustandes in Verbindung zu setzen. Kollege Gierz unterbreitete in einem Schreiben der Firma die Wünsche der Schleifer. Als Antwort auf den Brief erschien dann am anderen Morgen im Betriebe ein Anschlag, der den traffen Herren-im-Haule-Standpunkt des Herrn Betriebsleiters so recht markant zum Ausdruck bringt, und der auch im übrigen nach mehr wie einer Richtung hin recht interessant ist. Der Anschlag lautet wörtlich:

„Von einem mir unbekanntem Herrn Gierz in Siegen werden mir im Auftrage meiner Schleifer Vorhaltungen wegen des von mir neu eingerichteten Verfahrens des Vorarbeitens gemacht. Auf den Brief reagiere ich selbstverständlich nicht. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß ich von meinen Leuten verlangen muß, über Neuerungen in meinem Betriebe Stillschweigen zu bewahren und wenn ich wieder erfahre, daß derartige Neuerungen, wie jetzt geschehen, in den Wirtschaften breitgetreten werden, sehe ich mich veranlaßt, den Betreffenden ohne Rücksicht auf Person und Alter zu kündigen. In meinem Betriebe will ich nur Leute haben, welche die Interessen der Firma wahren, indem sie in erster Linie über Einrichtungen, speziell über Neuerungen Stillschweigen bewahren. Was nun das Neungsverfahren des Vorarbeitens betrifft, so gebe ich denjenigen Schleifern, welche um ihre Zukunft bangen, anheim, sich anderweitig eine sichere Existenz zu suchen. Bis heute haben jedenfalls noch keine Feierschichten eingelegt zu werden brauchen.“

Der Anschlag besagt alles. Herr T. hielt es für richtig, den Schleifern mündlich kein weiteres Wort zu der Angelegenheit zu sagen, dafür aber in anderen Betriebsabteilungen um so kräftiger seinem Herzen Luft zu machen. Das ist bedauerlich, da ein solches Verhalten wohl kaum zur Wiederherstellung und Festigung des alten guten Einvernehmens zwischen Firma und Arbeiterschaft beitragen kann. Jedenfalls werden die Schleifer durch das schneidige Vorgehen des Herrn Betriebsleiters sich nicht in der alten Treue zu ihrer Organisation betören lassen.

Inzwischen ist nun die gewünschte Verringerung doch eingetreten und damit die Angelegenheit insofern erledigt. Herr T. mag also doch eingesehen haben, daß es am letzten Ende sowohl im Interesse der Firma, wie auch in demjenigen der Arbeiter liegt, wenn etwaige Differenzen auf dem Wege friedlicher Verständigung geregelt werden. Wir sind dazu stets bereit gewesen und werden auch in Zukunft jederzeit dazu bereit sein. An dem neuen Herrn wird es liegen, ob das unter dem verstorbenen Chef herrschende gute Einvernehmen zwischen Firma und Arbeiter weiter aufrecht erhalten bleiben soll, oder nicht. Für alle Arbeiter der Firma F. W. Duncker ergibt sich aber aus den Vorgängen der letzten Zeit die eindringliche Mahnung, sich, soweit das noch nicht geschehen, ungesäumt dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Hann. Die hiesige Sektion uners christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am 13. Januar ihre Generalversammlung ab. Der alte Vorstand wurde mit Ausnahme des 2. Kassierers und 2. Schriftführers, welche eine Wiederwahl ablehnten, einstimmig wiedergewählt. Der Jahresbericht, welcher vom Vorsitzenden Kollegen Küppers erstattet wurde, zeigte so recht ein Bild intensiver Tätigkeit. Abgehalten wurden im verfloßenen Jahre 13 Vorstandssitzungen, 12 Mitglieder- und 1 öffentliche Versammlungen; außerdem wurde noch ein Familienabend veranstaltet, dazu bestimmt, auch das Interesse der Frauen und Jugendlichen für unsere Bewegung zu wecken und zu fördern. Referate in den Versammlungen wurden gehalten von den Kollegen Hebborn, Schmitz, Steingader und Hum.

Unsere Mitgliederzahl hat sich dank unserer intensiven Tätigkeit und der opferfreudigen Werbearbeit der Kollegen in Jahresfrist fast verdoppelt. Allen Kollegen, die zu diesem erfreulichen Aufschwunge beigetragen, insbesondere denen, die auch in der Hausagitation mit tätig waren, sei auch an dieser Stelle nochmals Dank gesagt. Es ist selbstverständlich, daß wir auch im neuen Jahre, und zwar mit verdoppeltem Eifer für unsere Sache weiter tätig sein müssen. — Zum Schluß der Generalversammlung hielt dann noch unser Kollege Kritz einen interessanten Vortrag über „Sozialismus oder christliche Gewerkschaften“. Der noch jugendliche Kollege entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise und wußte so die Aufmerksamkeit der gut besuchten Versammlung wach zu halten und zu feßeln. Soffentlich wird uns Kollege K.,

in dem wir bisher nie das Rebutalent vermuteten, als das er sich erwies, noch öfters mit einem lehrreichen Vortrag unsere Versammlungen interessant gestalten.

Kollegen von Saar! Das Jahr 1911 hat uns, wie auch das vorhergehende, einen erheblichen Mitgliederzuwachs gebracht. Alle Kollegen, die hierzu beigetragen haben, müssen auch im neuen Jahre Mäntel sein für unsere von Idealismus getragene Bewegung. Aber wieviele Kollegen sind es, die sich sagen dürfen, daß sie in dieser Hinsicht ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan? Sicherlich nur sehr wenige.

Stellenfragen. Am Sonntag, den 14. Januar hielt unsere Zahlstelle im Lokale des Herrn Werner Vahren ihre erste Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erläuterte den Bericht vom verfloffenen Jahre. Es sei nun schon ein Jahr her, da in hiesiger Gegend die Gründung einer Zahlstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes vollzogen wurde. Wenn wir nun auf die verfloffene Zeit zurückblicken, so können wir mit dem Resultat vollauf zufrieden sein.

Elsen. Bei der am 16. Dezember getätigten Vertreterwahl zur Betriebskrankkasse der Firma „Union“, A.-G. für Eisen-, Hoch- und Brückenbau, siegte die Liste des christlichen Metallarbeiterverbandes mit 103 Stimmen gegen 91 Stimmen der sozialdemokratischen Liste. Auch für den Arbeiterausschuß wurden die Kandidaten des christlichen Metallarbeiterverbandes gewählt.

Die christlichen Arbeiter lehnten damals ein gemeinsames Vorgehen aus oben angeführten Gründen ab. Damals „siegte“ noch die Liste des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit 159 Stimmen, aber keiner der damals gewählten „Auswahlmittglieder“ hat es lange im Betriebe ausgehalten, denn — man hätte ja lieber „Augögel“ gewählt.

Der Anfall der diesmaligen Wahl ist nun so erfreulich, als die Stimmzahl der Genossen seit 1910 um 68 Stimmen zurückgegangen ist. Durch die tatkräftige Aufklärungsarbeit unserer Kollegen ist es gelungen, den Sieg an die Fahne unseres Verbandes zu heften. Das soll uns ein neuer Ansporn zu intensiver Weiterbildung für unsere Sache sein.

Freilich erfolglos — um Aufhebung des Termins gebeten. Na, wer's glaubt. . . Wahrscheinlicher klingt schon, daß die Genossen den zur Einreichung der Vorschlagslisten festgesetzten Termin mit Absicht „verpaßten“.

Die Genossen entschuldigen nun ihre Unwirksamkeit damit, daß Ihnen von der Firma nicht genug Entgegenkommen gezeigt wurde. Das einmal zugegeben — ist das aber wirklich ein Grund, sich nun von den Arbeiterauswahlgewahlen ganz zurückzuhalten?

Wie aber stellen sich die in den „freien“ Gewerkschaften organisierten Kollegen dazu, daß man seitens ihrer Organisation so über ihre Interessen einfach zur Tagesordnung übergeht? Wie harmonisiert diese feige Drückebergerei mit den großen Worten dieser Sorte Arbeiterbewegung?

Bei den Einigungsverhandlungen zum Abschluß der Werftarbeiterbewegung waren bekanntlich für Nachtarbeit 50 % Zuschlag bewilligt worden. Als nun im vorigen Sommer Wechsel schicht eingeführt werden sollte, trat die Firma an den Arbeiterausschuß heran, dafür zu stimmen, daß bei Wechsel schicht für die Nachtkunden nur 25 % Zuschlag bezahlt werde.

„Dank der „Vergeßlichkeit“ der Genossen haben wir nun 5 Kollegen (3 Christl. und 2 S.-D.) im Arbeiterausschuß. Die Kollegen sind gewillt, alles daran zu setzen ihrer Pflicht als Arbeitervertreter gerecht zu werden. Für die Interessen der gesamten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Richtung werden sie nach besten Kräften wirken.

Oberriehardt. Unsere Jahresgeneralversammlung am 14. Januar erfreute sich nicht gerade eines glänzenden Besuches; über ein Drittel der Kollegen waren nicht erschienen.

Unverzüglich für einen Gewerkschaftler sei auch der regelmäßige Versammlungsbesuch. Diejenigen Kollegen, die sich nur ein bis zwei Mal im Jahre in einer Versammlung sehen ließen, müßten ja schließlich die Fühlung mit den vorwärtsstrebenden Kollegen verlieren.

Briefkasten

An Viele. Alle zur Veröffentlichung im Organ bestimmten Berichte müssen mit der Unterschrift des Verfassers und dem Stempel der Ortsverwaltung versehen sein.

Sterbetafel.

Solingen-Saar. Am 19. Januar starb unser Kollege Wilhelm Bergfeld im Alter von 25 Jahren infolge eines Herzanfalls.

Thale a. S. Am 28. Januar starb unser treuer Kollege H. Saalfeld im Alter von 61 Jahren an Herzschlag.

Reheim. Am 23. Januar starb unser Kollege Kaspar Schädel, Klempner, im Alter von 49 Jahren infolge Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 2. Februar.** Niederriehardt. Generalversammlung, vorm. 11.15 Uhr im Hotel zum Deutschen Kaiser. Ref.: Koll. Scherer-Offenbach.
- Samstag, den 3. Februar.** Berlin-Moabit. Bei Waberski, Goltzstr. 38. Boese-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Schürmann. Essen-Steele-Krab. Abends 8.30 Uhr im Krug bei Freitag. Essen (Kunitz- und Bauschlosser). Abends 8.30 Uhr bei Mosen, Albrechtstr.
- Sölingen.** Generalversammlung im Lokal „Alte Krone“. Alle erwünscht.
- Hannover-Ildehausen.** Generalversammlung, abends 8.30 Uhr im Braunschweiger Hof.
- Saase-Wetterbauer.** Abends 8.30 Uhr bei Mühlhorn.
- Sorft-Emicher.** Abends 8 Uhr bei Dilling.
- Helm-Kalk.** Abends 9 Uhr bei Hönigsberg, Breuerstraße.
- Helm-Othheim.** Generalversammlung, abends 9 Uhr bei Schmitz, Karlstraße. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
- Reheim-Sundern.** Abends 8.30 Uhr bei Funke.
- Welfert.** Generalversammlung, abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstraße. Erscheinen Pflicht!
- Sonntag, den 4. Februar.** Amern-St. Anton. Generalver., nachm. 4 Uhr. Belling. Versammlung im Hirsch. Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnerheim, Straußstr. 53.
- Obg.-Heinhausen.** Jahres-Generalver., abends 8 Uhr bei Reib, Bahnhofstraße.
- Obg.-Laar.** Vorm. 11.30 Uhr bei Jansen.
- Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Generalversamm., nachm. 2.30 Uhr. Erscheinen Pflicht.
- Essen (Gründerbau).** Vorm. 11 Uhr bei Göllmann.
- Essen (Gewerkschaft).** Nachm. 3 Uhr Frohnhauserstraße 19.
- Essen (Elektronenteure).** Vorm. 10.45 Uhr bei Schmitz, Steelerstr. 61.
- Essen-Vorbeck.** Vorm. 11 Uhr bei Mühlhoff.
- Essen-Kettwig.** Vorm. 11 Uhr bei Buchmüller.
- Essen-Solterhausen.** Nachm. 6 Uhr bei Wüchner.
- Gelsenkirchen-NeuStadt.** Nachm. 5 Uhr mit Branen im Ruhrtal, Restaurent.
- Glabbach.** Nachm. 4 Uhr bei Nordpott. (Christl. Gewerkschaftshaus.) Geisheid. Generalver., nachm. 8.30 Uhr. Abends 8 Uhr Zusammenkunft mit Familie. Auswärtige Rednerin.
- Hagen-Mitteln.** Morgens punkt 11 Uhr bei Steinhaus.
- Hamborn.** Jahres-Generalversammlung, nachm. 2.30 bei Freundlieb am Neumarkt in Warloh.
- Homburg.** Vorm. 10.45 Uhr in Hochheide bei Steffe.
- Hamm-Beechen.** Vorm. 11 Uhr bei Schiefensöhnel.
- Hamm-Weslannen.** Vorm. 11 Uhr bei Helm.
- Hamm-Kleingewerbe.** Vorm. 11 Uhr bei Schwärtter.
- Hamm-Berge.** Nachm. 4 Uhr bei Raittemper.
- Karlruhe-Darlingen.** Nachm. 3 Uhr im Gasthaus zum Hirsch.
- Köln-Verwaltungsstelle.** Es sollen sämtliche Sektionsversamm., aus. Um 2 Uhr findet im Gereonsbräu, Köln, Friesenstr. 26 bis 28 die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt.
- Lüdenscheid.** Nachmittags 5 Uhr Kartellversammlung bei E. Diemer mit Familienangehörigen.
- Mülheim-Nein.** Nachm. 2 Uhr Jahres-Generalversammlung in d. H. N. Gereonsbräu, Friesenstr. 26-28. Alle Sektionen beteiligen sich an derselben.
- Mülheim-Solweide.** Alle Kollegen müssen an der Jahresgeneralverf. in d. H. N. teilnehmen.
- Mülheim-S.-Glabbach.** Generalversammlung, morgens 11 Uhr.
- Neheim-Dröberwald.** Jahres-Generalverf. nachm. 2 Uhr im Geselehenhause. Ref. Bezirksf. Hirtfelder.
- Nürnberg-Jugendliche.** Nachm. 1.30 Uhr im Geselehenhospiz, Kaiserhofstraße 7.
- Oberhausen (Mühl.).** Nachm. 4 Uhr bei Kemmerling, Düppelstr.
- Oer.** Generalverf., abends 8.30 Uhr bei H. Bod. Rechnungsablage und Vorstandswahl.
- Pforzheim.** Generalverf., nachm. 3 Uhr im Oberen Engel. Die auswärtigen Kollegen und Kolleginnen sind eingeladen.
- Schaffmühle.** Nachmittags 5 Uhr bei Wedder.
- Stuttgart-Ortsverwaltung.** Generalversamm., nachm. 3 Uhr im römischen König.
- Sulzbach-Rosenberg.** Generalversammlung, vorm. 10.30 Uhr in Sulzbach zur Eisenbahn bei Pfeil. Jahresbericht. Koll. Geisig.
- Schwelm.** Vorm. 11 Uhr bei Biese, Bahnhofstr.
- Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Weertstraße.
- Urdingen.** Vorm. 11 Uhr Klänge, Düsseldorfstr.
- Wallan.** Generalverf., nachm. 3 Uhr bei H. Henkel 14. Mitgliedsbücher mitbringen. Ref. Koll. Gierg-Stegen.
- Wetter.** Morgens 11 Uhr im evangel. Vereinsthaus.
- Mittwoch, den 7. Februar.** Köln-Stadt. Generalversammlung der Schloffer-Sektion abends 9 Uhr im Biererei, Bretlestr.
- Samstag, den 10. Februar.** Altenbörbe. Abends 8.30 Uhr bei E. Geeser, am Brink.
- Berlin-Nord.** Abends 8.30 Uhr bei Thiele, Hufstr. 4-5.
- Cüenach.** Abends 8.30 Uhr im „Welmarchen Hof“.
- Hagen-Kleingewerbe.** Abends 8.30 Uhr bei Ansbauer, Hochstr.
- Köln-Stadt.** Abends 9 Uhr Generalversamm. im Biererei, Bretlestr.
- Lüdenscheid.** Jeden 2. Samstag im Monat.
- Solingen-Saar.** Abends 8.30 Uhr bei Krahwinkel.
- Stuttgart-Bussenhausen.** Abends 8.30 Uhr in der Traube.
- Sonntag, den 11. Februar.** Bocholt. Generalverf., vorm. 11.15 Uhr in der „Stadt Münster“. Ref. Koll. Hirtfelder-Essen.
- Duisburg-Ortsverwaltung.** Jahres-Generalverf., nachm. 3 Uhr im Burgader, Köhnestr. Ref.: Bezirksleiter Hirtfelder-Essen.
- Hagen.** Nachm. 5 Uhr im Kaiseranale der Wwe. Feltbauer, Eibenbergerstraße, Generalversammlung für den ganzen Verwaltungsbezirk.
- Karlruhe.** Vorm. 10 Uhr im Palmgarten Vorf. u. Vertm.-Sektion. Abrechnen mit dem Hauptkassierer.
- Köln-Südt.** Morgens 11 Uhr bei Dier.
- Köln-Südt.** Morgens 11 Uhr bei Bremer, Breitenrathstr.
- Siegburg.** Generalversammlung mit Vortrag, abends 6 Uhr im Lokal „Minoriten“.
- Stettin.** Nachm. 3 Uhr mit Familienangehörigen. Städtisches Refektar. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.
- Unterwöden.** Generalverf., nachm. 3 Uhr im Lokal.